

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Verbandsstelle: Charlottenburg 1, Brabeckstr. 2-3. — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 und 5647.

Nummer 37

Berlin, den 13. September 1930

5. Jahrgang

Um den hohen Lebensstandard.

Die Lebensweise eines Volkes ist der zuverlässigste Gradmesser der Kultur. Die heftigsten Kämpfe zwischen Personen und Personengruppen zielen sich um den Lebensstandard ab. Die deutsche Öffentlichkeit ist seit Monaten angefüllt mit sozialen Erschütterungen. Die Preisrevolution auf dem Weltmarkt hat eine kolossale Unruhe in die deutsche Wirtschaft getragen. Der Winderlös des Welthandels mit Lebensmitteln und Rohstoffen wird gegenüber 1928 auf 16 Milliarden Goldmark geschätzt. Die ausführenden Staaten erhalten an Goldwert diese Summe weniger. Damit ist eine ungeheuerliche Kaufkraftveränderung und eine Störung des Welthandels verbunden. Diese Verschiebungen auf dem Weltmarkt, verbunden mit den Preisrückgängen, haben für Deutschland vorerst wenig Vorteil gebracht, aber die Krise sehr wesentlich verschärft. Deshalb sehen die sozialen Kämpfe mit verstärkter Bestimmtheit ein, eine Auseinandersetzung, die sich letzten Endes um das Problem Lohn und Preis kristallisiert.

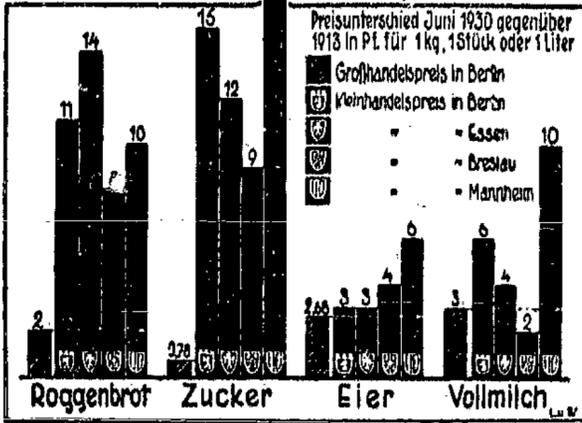
Die deutsche Wirtschaft weist verschiedene Organisationsfehler auf. Der Handel ist sehr wesentlich überseht. Nach der Reichsstatistik werden für die Verteilungsaufgabe des deutschen Innenmarktes, dessen Gesamtgröße gegen 1913/14 nicht wesentlich gewachsen ist, 50 Proz. mehr Personen beschäftigt als

bei ersten Autoren findet man eine Argumentierung wie die folgende: Lohnsenkungen seien bei Depressionen eine ebenso notwendige Voraussetzung für den Aufschwung wie die Senkung der Materialpreise oder der Zinsen. Denn wie bei den Materialien hänge die Höhe der Nachfrage von der Höhe des Preises ab. Senke man also, wie den Preis der Kohle so den der menschlichen Arbeit, so könne man alle Arbeiter wieder an ihre Arbeitsstellen bringen. Dabei ist einiges übersehen. Wenn ich zehn Tonnen Kohle billiger laufe, dann habe ich im allgemeinen zehn Tonnen Kohle von der gleichen Beschaffenheit, wie wenn

apparates, Vereinfachung der Sitten, Abbau ungerechtfertigter Spannen) sofort in die Hand genommen werden, und nur in einem gewissen Abstand und mit sehr großer Vorsicht das gefährlichste Mittel der Lohnreduktion." Wir sind der Meinung, daß den Preisreduktionsaktionen gar nichts im Wege steht und an eine Lohnreduktion vorläufig gar nicht zu denken ist. Die deutschen Löhne befinden sich auf einem Stand, der es durchaus erlaubt, preislenkende Wirkungen zu ermöglichen.

In der „Vossischen Zeitung" läuft zurzeit eine Artikelreihe von Henry Ford. In der Nummer vom 20. August schreibt er seine Ansicht über die Lohnpolitik nieder. Wir lesen in diesem aufschlußreichen Artikel: „Früher einmal verlangten die Leute nur nach Nahrung; jetzt behaupten die Kritiker, daß unsere Prosperität schädlich ist, weil dadurch das Geistige im Menschen nicht entwickelt wird. Früher ist das Land nie gut genug ernährt gewesen, um sich mit seinem Geisteszustand zu beschäftigen, und es ist auch ermutigend, zu beobachten, daß gelegentliche Armut als Beweis für die Schwäche unseres Systems vorgebracht wird. Früher nahm man die Armen einfach als Selbstverständlichkeit hin, und es gab viele von ihnen, um sie als Beweismittel anzuführen. Armut wurde damals für einen natürlichen Zustand gehalten. Jetzt betrachtet man sie als etwas

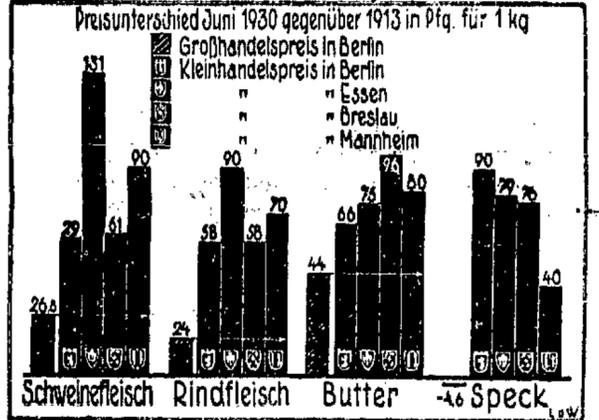
Die hohe Preisspanne



ich sie teurer gekauft hätte. Aber wenn ich die Arbeitskraft von hundert Menschen billiger laufe, ist es dann schon sicher, daß diese verbilligte Arbeitskraft dieselbe ist, qualitativ und quantitativ? Ist nicht die menschliche Arbeitskraft ein sehr viel subtilerer, empfindlicherer Produktionsfaktor als Kohle und Eisen? Hat es sich nicht erwiesen, nicht einmal, sondern hundertmal, daß die Leistung der menschlichen Arbeit innerhalb gewisser Grenzen und insbesondere in der Nähe von kritischen Punkten sogar rascher wächst und sinkt, als die Vergütung steigt und fällt!"

Es ist erstaunlich, daß solche einfachen Gebantenwege, wie sie hier ausgesprochen werden, nicht längst Gemeingut des Volkes geworden sind. Den Gewerkschaften sind sie nichts Neues, sie haben sie seit je vertreten. Darob wurden sie als wirtschaftsfeindlich angesehen. Dabei liegt den Gewerkschaften nichts näher, als inmitten einer blühenden Wirtschaft gesteigerte Arbeitsmöglichkeit und im Verlauf dessen einen hohen Lebensstandard zu schaffen. Aus diesem Grunde erwächst dem Preisreduktionsproblem eine große Bedeutung. Namentlich müßten die Preise der Konsumgüter gesenkt werden. Auch hierüber findet Prof. Dessofer sehr treffende Worte, wenn er schreibt: „Dieser letztere, allein mögliche Weg von einer ihres eigenen Schicksals bewußten Volksgemeinschaft gegangen werden, und zwar so, daß alle Methoden zur Detailsenkung (Zinsreduktion, Nationalisierung des Verteilungs-

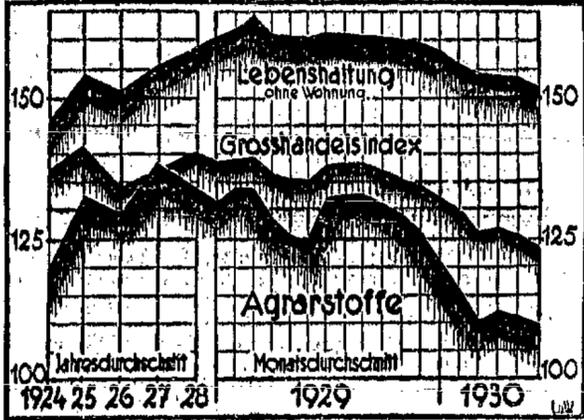
Die hohe Preisspanne



unnatürliches. Und bald werden wir Armut wie eine Krankheit behandeln. Wir werden eine soziale Immunität dagegen schaffen. Das ist der Fortschritt. Dieses erstrebenswerte Ziel kann man nicht erreichen, indem man allgemein die Politik der niedrigen Löhne verfolgt und die Armut durch öffentliche Unterstützung aus dem Steuereinkommen bekämpft..."

Zu Deutschland gibt es keinen Unternehmer, der die Armut wie eine Krankheit behandelt wissen will. Die Mehrzahl der Kritiker der Gewerkschaftspolitik hält auch heute noch die Armut und die Not als etwas Gegebenes und ewig Vorhandenes. Und weil dem so ist, müssen wir den organisierten Kampf gegen die Armut und für den hohen Lebensstandard weiterführen.

Drei wichtige Kurven



vor dem Kriege. Letzten Endes ist aus dieser Tatsache jene verschiedene Preisentwicklung zu erklären, die sich in hohen Preisspannen zwischen dem Großhandelsindex und den Kleinhandelspreisen, in dem Auseinandergehen der Kurven Großhandelspreise und Lebenshaltung ausdrückt. Zu welchen hohen Preisspannen diese Entwicklung geführt hat, wird durch die beigegebenen Schaubilder sehr deutlich gezeigt. Im großen und ganzen haben wir die Tatsache zu verzeichnen, daß bei wesentlich gesunkenen Rohstoffpreisen die Fertigprodukte nach wie vor einen hohen Stand behaupten und die Lebensmittel, wie sie vom Volke verbraucht werden, teuer sind, mithin eine teure Lebensweise, trotz der wesentlich gesunkenen Preise für die Rohprodukte. In der Zeitschrift der „Heimatdienst", Nr. 14, beschäftigt sich der Zentrumsabgeordnete Prof. Dessofer mit den hier zur Behandlung stehenden Problemen, wobei er folgenden ausführt: „Wir wollen einmal das Gedankenexperiment machen, daß die Detailspreise in allen möglichen Variationen doch im ganzen um etwa 15 v. D. gesunken wären. Was würde dann eintreten? Dasselbe Normaleinkommen, wie Lohn, Gehalt, Unterstützung oder was auch immer, würde 15 v. D. mehr laufen. Da in Deutschland der Güterbedarf weithin unbefriedigt bleibt, würde tatsächlich im wesentlichen von dieser gesteigerten Kaufkraft Gebrauch gemacht und eine Steigerung des Umsatzvolumens um eben diesen Prozentsatz eintreten. Das würde bedeuten, daß an der Basis in den agrarischen, industriellen, bergbauischen und anderen Produkten eine um 15 v. D. höhere Beschäftigung gegeben wäre, damit natürlich eine gewaltige Reibktion der Arbeitslosigkeit, eine entscheidende Entlastung der Staats von Reich, Ländern und Gemeinden, im ganzen Raum der sozialen Hilfe. Gesteigerte Kaufkraft des Normaleinkommens bedeutet gesteigertes Realeinkommen."

Es ist gut, daß die Anschauungen der Gewerkschaften auch von anderen Kreisen bestätigt werden. In der Tat könnte für unsere Wirtschaftslage nichts besser sein, als die Stärkung der inneren Kaufkraft. Die Steigerung des Gesamtumsatzes bedeutet erhöhten Blutkreislauf für die deutsche Wirtschaft und Erholung der überall eingeschnürten Kaufkraft. Statt dessen erleben wir seit Wochen, daß die Unternehmer kein anderes Mittel zur Überwindung der Wirtschaftskrise bereit haben, als dasjenige der Lohnsenkung. Sie behaupten allen Ernstes, daß die Wirtschaft nur gerettet kann, wenn die Erzeugungskosten durch das Mittel der Lohnsenkung sich niedriger stellen. Dabei steht noch nicht einmal fest, daß niedrige Löhne auch billigere Verkaufspreise der betreffenden Produkte bedeuten. Auch hierüber äußert sich Prof. Dessofer in einer Sondernummer des „Heimatdienst", die sogar einen Leitartikel des gegenwärtigen Reichsfinanzministers enthält. Wir lesen in diesem Artikel „Preise und Löhne" u. a. folgendes:

„Lohnsenkungen sind eine mechanische, für den oberflächlichen Betrachter sehr naheliegende, sozusagen simple Methode. Auch

Politische Kämpfe — Sozialpolitische Entscheidungen.

Im gegenwärtigen Wahlkampf steht die Sozialpolitik in vorberühmter Linie. Der Kampf gegen die sozialpolitischen Abbaumaßnahmen wird von den freien Gewerkschaften und von der Sozialdemokratie mit besonderem Nachdruck geführt, ihre Beteiligung muß eine der vorrangigsten Aufgaben des neu zu wählenden Reichstages sein. Gewiß vermag heute niemand mit Sicherheit zu sagen, ob die politische Vertretung der Arbeiterschaft stark genug in das neue Parlament einzutreten wird, um dieses Ziel zu erreichen.

Dagegen besteht aber eine andere Gewißheit, deren sich die Arbeiterschaft in diesem Kampfe vollumfänglich bewußt sein muß, nämlich jene, daß eine Stärkung der bürgerlichen Front nicht nur gleichbedeutend ist mit der unveränderten Unrechtsverhältnisse der bereits erlassenen Abbaugesetze, sondern daß es der klar ausgesprochene Entschluß der bürgerlichen Parteien ist, den begonnenen Abbau fortzusetzen bis zur völligen Zerstörung des großen Gebäudes deutscher Sozialpolitik, das unter dem Einfluß der organisierten Arbeiterschaft in der Nachkriegszeit errichtet worden ist.

Und es ist ja keineswegs so, als wenn die Arbeiterschaft nicht noch ungeheuer viel zu verlieren hätte. Schon bringen nach und nach in die Öffentlichkeit die neuen Pläne, die die Regierung Brünning weiterhin gegen die schon so außerordentlich eingeschränkte Arbeitslosenversicherung schmiedet. Kann man noch mit allen Beschränkungen, mit allen Schikanen in der Anwendung des Gesetzes nicht die Tatsache der immer mehr steigenden Arbeitslosigkeit aus der Welt schaffen und damit auch nicht die Tatsache der immer höher steigenden Zahlen, die sich selbst bei den gefürchtetsten Leistungen ergeben. Trotz des Leistungsabbaues, trotz der Erhöhung der Beiträge auf 4 1/2 Proz. des Lohnes, und unter Berücksichtigung der im Reichsstatistik vorgezeichneten Darlehen und Zuschüsse rechnet die Reichsanstalt selbst mit einem weiteren Fehlbedarf von rund 890 Millionen Reichsmark im laufenden Geschäftsjahr. Von diesem Fehlbedarf hat das Reich nach dem Artikel 4 der neuen Verfassung zur Arbeitslosenversicherung aber nur noch die Hälfte zu übernehmen, während die andere Hälfte durch weitere „Erhöhung oder Abstufung" der Beiträge gedeckt werden soll. Das würde aber eine Erhöhung des Beitrages bis zu 7 Proz. des Lohnes bedingen. Da die

Regierung sich über die Unmöglichkeit einer solchen Beitragssteigerung vollkommen klar ist, plant sie nun, mit einem Schlag die Unterstützungsdauer einseitig zu verlängern, wie man hört von 26 Wochen auf 16 Wochen, um auf diese Weise den Fehlbedarf auszugleichen. Hunderttausende von Arbeitslosen sollen also rückwärts völlig Mittellosigkeit überantwortet werden, da ja die offiziell vorgeschobene Möglichkeit einer Ausdehnung der Krisenunterstützung genau die gleichen (von der Regierung verweigerten) Reichsmittel erfordern würde wie die Arbeitslosenversicherung selbst. Hinter diesem Plan steht noch der weitere, die Arbeitslosenversicherung in berufliche und bezahlte Gekleidungsklassen aufzulösen, d. h. also, die günstigen Löhnen aus der Versicherung herauszunehmen, die allgemeine Gekleidungsgemeinschaft zu zerstören und damit die Verufe mit besonders großer Arbeitslosigkeit um so höher in die aus Beitragsabbaubehaltung einerseits und immer weitergehendem Leistungsabbaubehaltung andererseits geschmiedete Falle zu nehmen.

Die Ansichten für die Krankenversicherung sind nicht viel besser. Wenn das bereits angewandte System, Beitragssteigerungen in der Arbeitslosenversicherung durch Einsparungen in der Krankenversicherung auszugleichen, weiter ausgebaut wird, so dürfte auch mit der Unrechtsverhältnisse der jetzigen Leistungen der Krankenversicherung nicht mehr zu rechnen sein. Die Invalidenversicherung geht wahrscheinlich schon in ein bis zwei Jahren einem hoffnungslosen Defizit entgegen, wenn nicht rechtzeitig Vorkehrungen für die Verwirklichung der zur Verfügung stehenden Mittel getroffen wird.

Ist so die Lage in der gesamten Sozialversicherung außerordentlich bedrohlich, wenn nicht ein letzter sozialpolitischer Wille alsbald wieder in unsere staatliche Sozialpolitik eingeschaltet wird, so darf dabei nicht übersehen werden, daß auch die übrigen sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Einrichtungen in Gefahr sind, und daß der Kampf gegen sie auf einer Reihe von Gebieten ja auch bereits eröffnet ist. Gegen das Schlichtungswesen richten sich schon seit Jahren die Angriffe der Unternehmer und ihrer Presse. Gewiß kann das Schlichtungswesen, und namentlich die Verbindlichkeitsklärung, sich unter dem Einfluß einer reaktionären Regierung auch gegen die Arbeiterschaft auswirken. Aber der heutige staatspolitische Charakter

des Schlichtungswesens, das der öffentlichen Kontrolle wie jeder andere Staatsakt unterliegt, bietet immer noch die größte Gewähr für ein unparteiisches Eingreifen des Staates, das der Arbeiterklasse gerade in Krisenzeiten zugute kommen kann.

Das Betriebsratsgesetz, heute scheinbar unangefochten, da die Gelegenheit zu einem ernsthaften Angriff sich nicht bot, wird genau so in die Reformpläne einbezogen werden, wie etwa das Arbeitsgerichtsrecht, das gegen den Widerstand einflussreicher Gruppen geschaffen wurde und dessen besonders fortschrittliche Bestimmungen, wie etwa der Ausschluss der Rechtsanwälte vor den Arbeitsgerichten, systematisch unterminiert werden.

Zu alledem kommt, daß die sozialpolitische Gesetzgebung in Deutschland ja noch keineswegs als abgeschlossen gelten kann. Der kommende Reichstag wird entscheiden über das Schicksal des Berufsausbildungsgesetzes, mit dem eine alte Forderung der Gewerkschaften erfüllt werden sollte. Er wird aber auch zu

entscheiden haben über die Verabschiedung des Arbeitsschutzgesetzes und die Ratifizierung des Washingtoner Arbeitsabkommens. Die ungeheure Bedeutung gerade des letzteren Gesetzes ist heute deutlicher denn je. Niemand kann sich nämlich der Hoffnung hingeben, daß wir die ja keineswegs nur konjunkturell, sondern insbeson- dere auch strukturell, d. h. durch die Nationalisierung der Wirtschaft verursachte Arbeitslosigkeit überwinden können, ohne auf dem Gebiete der Arbeitszeit die Konsequenz einer der gesteigerten Produktivität entsprechenden Arbeitszeitverkürzung zu ziehen. Diese Verkürzung durchzuführen ist aber nicht nur eine Aufgabe der tarifvertraglichen Regelung und hilfsweise des staatlichen Schlichtungswesens, sondern auch eine vorrangige Aufgabe der Gesetzgebung.

Die hier geschilderten Gefahren treten nicht nur klar hervor aus einer Entwicklung, die bereits begonnen hat, nämlich der Entwicklung zur Regierung „gegen die Arbeiterklasse“. Sie lassen sich erkennen aus zahlreichen Neuierungen der regierenden Minister, aus zahllosen Erklärungen der sich immer härter zusammenschließenden bürgerlichen Parteien. Sie sind um so bedrohlicher, als auch christliche und Kirch-Dundersche Gewerkschaften sich immer mehr aus der Front der Arbeiterklasse abblenden und in gegnerische Lager überzuspringen sich anschicken. Nur eine Wahl, die beweist, daß die Arbeiterklasse in Deutschland noch ein gewaltiger Machtfaktor ist, mit dem man rechnen muß, weil er gewillt ist, diese Macht voll in die Waagschale zu werfen, kann eine für Arbeiterklasse und Staat gleich verhängnisvolle Entwicklung verhindern.

die Bauarbeiten in eigener Regie von den Gemeinden ausgeführt werden, fallen sie unter den vom RWG. in seiner ständigen Rechtsprechung betonten Voraussetzungen unter den Baugewerbetarifvertrag. Die Entscheidung des RWG. lautet wie folgt: Urteil vom 6. Juni 1928 des RWG.:

Der Reichstarifvertrag für das Baugewerbe, der durch die Entscheidung der Reichsarbeitsverwaltung vom 12. 8. 1927 (Reichsarbeitsblatt I, Seite 889) mit Wirkung vom 1. 7. 1927 für allgemeinverbindlich erklärt worden ist, hat nach der Allgemeinverbindlichkeitsklärung Geltung für gewerbliche Arbeiter im Bau-, Maurer-, Zimmerer-, Beton-, Eisen- beton- und Tiefbaugewerbe. Die Allgemeinverbindlichkeitsklärung erstreckt sich nicht auf das Arbeitsverhältnis von Bauarbeitern, die in Betrieben der Staats- und Kommunalverwaltungen ständig beschäftigt werden. Arbeiter in diesem Sinne sind nicht nur die in einem gewerblichen, d. h. auf Gewinn eingestellten Betriebe beschäftigten, sondern in allen Unternehmungen, die solche Arbeiten zum Gegenstand und Mittelpunkt ihrer betrieblichen Tätigkeit machen. In diesem Sinne sind auch alle von einer Kommunalverwaltung beschäftigten Arbeiter, soweit sie dem Bereich des Tiefbauunternehmens angehören, zu den im Tiefbaugewerbe Beschäftigten zu zählen, wenn der Betrieb auch nicht auf Erwerb gerichtet, aber als Tiefbauunternehmen und damit seiner Art nach zum Berufskreise des Tiefbaugewerbes angehörig anzusehen ist.

Nach § 76 d RWVG. ist der Träger der öffentlichen Arbeitsfürsorge berechtigt, im Einvernehmen mit dem zuständigen Arbeitsamt festzusetzen, welcher Tarifvertrag für die Entlohnung der Fürsorgearbeiter Anwendung finden soll. Es wird Aufgabe der Gewerkschaftsvertreter sein, darüber zu wachen, daß mit dieser durch die Rechtsverordnung neu geschaffenen Rechtslage kein Mißbrauch getrieben wird. Auch die neuere Regelung kann nicht befriedigen. Aufgabe der Gewerkschaften wird es sein, mit Rücksicht auf das weitere Steigen der Wohlfahrts-erwerbslosenanzahl möglichst einheitliche arbeitsrechtliche Grundzüge für dieselben durch die Gesetzgebung zu schaffen. Obermagistratsrat P. Gärtner, Wunsdorf.

Rechtsstellung der Wohlfahrts-erwerbslosen.

Über 400 000 Erwerbslose haben zur Zeit keinen Anspruch auf Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung. Soweit Bedürftigkeit vorliegt, haben sie Anspruch auf Unterstützung durch die Wohlfahrtsämter (Bezirksfürsorgeverband). Man bezeichnet sie deshalb als Wohlfahrts-erwerbslose. Die Rechtsstellung der Wohlfahrts-erwerbslosen bezüglich der Unterstützungshöhe, der Pflichtarbeit, die Entlohnung bei der Arbeitsfürsorge, resp. Notstandsarbeiten, soll mit nachstehendem beleuchtet werden.

I. Unterstützung durch den Bezirksfürsorgeverband.

Nach §§ 1 und 5 der Reichsgrundzüge und § 6 der Fürsorgepflichtverordnung vom 13. Februar 1924 haben alle dem Wohlfahrtsamt (Bezirksfürsorgeverband) unterstehenden Erwerbslosen, soweit die Hilfsbedürftigkeit gegeben ist, Anspruch auf Unterstützung. Hilfsbedürftig ist, wer den notwendigen Lebensbedarf für sich und seine unterhaltsberechtigten Angehörigen nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Kräften und Mitteln beschaffen kann und ihn auch nicht von anderer Seite, insbesondere von Angehörigen, erhält.

Die Bezirksfürsorgeverbände haben in der Regel einen Richtmaß für die der allgemeinen Fürsorge unterstehenden Personen eingeführt, während für die Klein- und Sozialrentner, sowie ihnen gleichstehenden Personen nach § 33 a der Reichsgrundzüge die gehobene Fürsorge in Frage kommt, deren Richtmaß in der Regel 25 Proz. über denen der allgemeinen Fürsorge liegen sollen.

Der Erlass des Reichsministers und des Reichsministers des Innern vom 19. November 1925, betr. § 33 a der Reichsgrundzüge über Voraussetzungen, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge (RWVl. 5. Jahrgang, S. 530) sagt:

„Für Sozial- und Kleinrentner und ihnen Gleichstehende müssen diese Sätze so bemessen sein, daß der Hilfsbedürftige gegenüber der allgemeinen Fürsorge eine angemessene Mehrleistung erhält. Diese Mehrleistung soll in der Regel wenigstens ein Viertel des allgemeinen Richtmaßes betragen.“

Neuerdings sind viele Fürsorgeverbände vom differenzierten Richtmaß abgetrennt und unterstellen grundsätzlich die Fürsorgeempfänger der allgemeinen Fürsorge, also auch die Wohlfahrts-erwerbslosen den Richtmaßen der gehobenen Fürsorge. Nur für arbeitscheue und soziale Fürsorgeempfänger im Sinne des § 13 der Reichsgrundzüge zur RWV. werden die niederen Richtmaß angewandt. Dies läßt sich rechtlich damit begründen, daß die Fürsorgeverbände berechtigt sind, mit Ausnahme der Fälle von § 13 RWV. über das ihnen gesetzlich auferlegte Maß von Leistungen hinauszugehen. Die Frage, ob der Wohlfahrts-erwerbslose nach den Richtmaßen der gehobenen Fürsorge zu behandeln ist, muß deshalb bejaht werden. Es handelt sich um arbeitsfähige und arbeitswillige Personen, deren Arbeitskraft erhalten bleiben soll, also um Personen, die den Klein- und den Sozialrentnern als gleichstehend anzusehen sind.

II. Beschäftigung und Entlohnung der Wohlfahrts-erwerbslosen.

Zur Zeit unterscheiden wir rechtlich drei Arten der Beschäftigung von Wohlfahrts-erwerbslosen durch den Bezirksfürsorgeverband.

- a) Beschäftigung bei Notstandsarbeiten gemäß § 189 des RWVG.;
- b) Beschäftigung im öffentlich-rechtlichen Fürsorgeverhältnis gemäß § 19 der Fürsorgepflichtverordnung (Pflichtarbeit);
- c) Beschäftigung im bürgerlich-rechtlichen Arbeitsverhältnis (Arbeitsfürsorge).

A. Notstandsarbeiter im Sinne des RWVG. sind Arbeiter, die zur Bewältigung der Arbeitslosigkeit dienen und vom Verwaltungsausschuß des Landesamtes genehmigt worden sind. Die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung gewährt dem Träger der Notstandsarbeiten (Gemeinden) nach Maßgabe der wertichaffenden Arbeitslosenfürsorge Grundförderung und ev. verpackte Förderung. Die Bezirksfürsorgeverbände können im Einverständnis des Landesamtes an die diesen Notstandsarbeiten zu einem bestimmten, für den Einzelfall festzusetzenden Umfang Wohlfahrts-erwerbslose zuteilen. Die Arbeitslosen werden bei Notstandsarbeiten unter den Bedingungen des freien Arbeitsvertrages beschäftigt. Vergl. § 4 RWVG. und RWVl. Art. vom 18. 9. 1929. Hinsichtlich der Entlohnung gibt es eine gesetzliche Ausnahme. Der Verwaltungsausschuß der LVA. kann für die Entlohnung aber Grenze festsetzen und festsetzen, welcher Tarifvertrag für die Entlohnung Anwendung finden soll. Macht das LVA. von dieser Regelung keinen Gebrauch, so gelten die in den tariflichen Bestimmungen und mangels solcher in den arbeitsrechtlichen Bestimmungen des RWVG. insoweit weg, als die Kündigung wegen Abbruch des Notstandsarbeiters durch das Arbeitsamt erfolgt. RWVl. 6. 2. 1929.

B. Nach § 19 der Fürsorgepflichtverordnung vom 13. Februar 1924 und § 8 der Reichsgrundzüge über die Durchführung der Verordnung über Fürsorgepflicht kann in geeigneten Fällen die Unterbringung arbeitsfähiger Hilfsbedürftiger durch Anweisung angemessener Arbeit gemeinnütziger Art von der Leistung solcher Arbeit abhängig gemacht werden. Die mit solcher Arbeit Beschäftigten haben in einem öffentlich-rechtlichen Fürsorgeverhältnis. Ein Arbeitsvertrag liegt in der Regel nicht vor. Ob ein öffentlich-rechtliches Fürsorgeverhältnis oder ein bürgerliches Arbeitsverhältnis im Einzelfall vorliegt, war bisher von der Lage und den Umständen des Einzelfalles abhängig. Vergl. RWVl. 12. 10. 1929, ferner RWVl. v. 14. 11. 1928, RWVl. 17. 12. 1928 und RWVl. 3. 7. 1929. Eine weitere Abgrenzung darüber, ob die Arbeitsleistung eines Fürsorgearbeiters ein öffentlich-rechtliches Fürsorgeverhältnis oder ein bürgerlich-

rechtliches Fürsorgeverhältnis darstellt, bringt nunmehr die auf Grund des Art. 48 am 28. Juli 1930 erlassene Rechtsverordnung. Diese fügt im RWVG. einen § 76 d ein, der folgendes befaßt:

- 1. Die Beschäftigung eines Hilfsbedürftigen, im Rahmen der Arbeitsfürsorge durch einen Träger der öffentlichen Fürsorge oder auf dessen Veranlassung für einen Dritten ist zur Arbeitslosenversicherung versicherungsfrei, falls die wöchentliche Arbeitszeit weniger als 32 Stunden in der Woche beträgt.



- 2. Unter die Versicherungspflicht fallen jedoch alle in der Arbeitsfürsorge beschäftigten Wohlfahrts-erwerbslosen, deren wöchentliche Arbeitszeit 32 Stunden oder falls durch Tarifvertrag eine kürzere regelmäßige Arbeitszeit vereinbart ist, mindestens die vereinbarte Stundenanzahl beträgt und dem Beschäftigten der tarifliche, oder soweit ein solcher nicht besteht, der im Beruf ortsübliche Lohn gezahlt wird. Als Merkmal des Vorliegens von einem öffentlich-rechtlichen Fürsorgeverhältnis sind hervorzuheben: Beschäftigung unter 32 Stunden pro Woche, Versicherungsfreiheit zur Arbeitslosenversicherung, keine Verpflichtung zur Zahlung des Tariflohnes, sondern einseitige Festsetzung der Unterstützungshöhe an Stelle eines Arbeitsentgeltes nach den Grundätzen der Fürsorgepflichtverordnung durch den RWV. Es ist anzunehmen, daß die Träger der öffentlichen Fürsorge an einer Beschäftigung von Fürsorgearbeitern nach diesen Grundätzen nur noch insoweit Interesse haben, als es sich um arbeitsfähige und arbeitswillige Personen handelt, deren Arbeitswillen pp. gebrückt werden soll.

Für Grenzfälle bei Streitigkeiten, ob ein öffentlich-rechtliches Fürsorgeverhältnis oder ein bürgerlich-rechtliches Arbeitsverhältnis vorliegt, kann das Arbeitsgericht um Entscheidung angerufen werden. Urteil des RWG. vom 12. 10. 1929, 195/29.

Werden Wohlfahrts-erwerbslose 32 Stunden und mehr wöchentlich einem technischen Amt, z. B. der Parkverwaltung, dem Bauamt, der Kanal- oder Betriebsverwaltung zur Arbeitsleistung überwiesen, so gelten sie als freie Arbeiter, genießen allen rechtlichen Schutz z. B. Pflichtversicherung für Krankenkasse, Arbeitslosenversicherung und Invalidenversicherung. Die Bestimmungen der Gewerbeordnung und des Betriebsratsgesetzes finden Anwendung; Soweit Tarifverträge für die technischen Abteilungen vorhanden sind und nicht besonders die Wohlfahrts-erwerbslosen ausschließen, gelten diese auch für die Wohlfahrts-erwerbslosen.

Es liegt ein bürgerlich-rechtliches Arbeitsverhältnis vor, für welches der jeweils nach der Art der Arbeit zuständige Tarifvertrag, oder soweit ein solcher nicht besteht, der im Beruf ortsübliche Lohn anzuwenden ist. Eine ausdrückliche Abweisung von diesem arbeitsrechtlichen Grundgesetz fehlt der Reichsmanteltarif für die Gemeindearbeiter vor. Nach § 2 desselben sind die in Arbeitsfürsorge beschäftigten Wohlfahrts-erwerbslosen von diesem Vertrag ausdrücklich ausgeschlossen. Beauftragte der Gemeinde eines privaten Unternehmers mit der Ausführung von Bauarbeiten, so ist ohne Zweifel der Reichstarif des Holz-, Beton- und Tiefbaugewerbes bei allen unter diesen Tarifvertrag fallenden Bauarbeiten kraft seiner Allgemeinverbindlichkeit für alle Beteiligten maßgebend. Aber auch wenn

Spernung der Leistungen.

Nach den Grundätzen der Krankenversicherung gilt als Erfüllungsort im Verhältnis der Kasse zum Versicherten regelmäßig der Bezirk der Krankenkasse. Aus dieser Rechtslage ergibt sich, daß ein erkrankter Versicherter in der Regel den Anspruch auf Krankenpflege verliert, wenn er ohne ausdrückliche Genehmigung der Kasse ihren Bezirk verläßt. Eine Ausnahme von dieser Grundregel ist nur dann möglich, wenn ein anderer Erfüllungsort der Krankenleistungen wird dann anerkannt, wenn er der Wohn- oder Beschäftigungsort des Versicherten ist. Erkrankt also ein Versicherter an seinem Wohnort, der auch außerhalb des Kasenzweckes liegen kann, so muß ihm die Kasse — von Ausnahmen abgesehen — doch die ihm sachgemäß zustehenden Leistungen gewähren. Es sei in diesem Zusammenhang eine sehr wichtige Entscheidung des Reichsversicherungsamtes wiedergegeben, in der es heißt: „Nach der Rechtsprechung kann ein erkrankter Versicherter, der bereits an seinem Beschäftigungsort (Sitz der Kasse) die Krankenpflege in Anspruch genommen hat, deren weitere Gewährung an seinem außerhalb des Kasenzweckes belegenen Wohnort nicht verlangen, wenn und solange der Wechsel des Erfüllungsortes eine Umgehung der von der Kasse nach Eintritt des Versicherungsfalles am Beschäftigungsort bereitgestellten Krankenpflege bedeuten würde.“ Die allermeisten Kassen haben in ihren Satzungen oder Krankenordnungen Bestimmungen dergestalt aufgenommen, daß ohne ihre Einwilligung ein erkrankter Versicherter den Kasenzweck nicht verlassen darf. Für den Fall, daß er dies doch tut, drohen sie mit einer Sperre der Krankenleistungen. Jetzt nun hat das Reichsversicherungsamt erneut in dieser Frage eine Entscheidung gefällt, die wir wegen ihrer Wichtigkeit unseren Lesern nicht vorenthalten wollen. Es heißt in dieser Entscheidung vom 27. Februar 1930: „Ein erkrankter Versicherter, der den Kasenzweck ohne Genehmigung der Kasse vorübergehend verläßt, hat regelmäßig auch dann keinen Anspruch auf Krankenpflege gegen seine Kasse, wenn außerhalb des Kasenzweckes zur fortbestehenden Erkrankung weitere, mit ihr ursächlich nicht zusammenhängende Leiden hinzutreten, welche sofortige ärztliche Hilfe nötig machen und dem Versicherten die Möglichkeit nehmen, alsbald in den Kasenzweck zurückzukehren.“ Diese Entscheidung ist so klar, daß eine Erläuterung derselben wohl nicht mehr notwendig ist. Es kann allen Versicherten in ihrem eigenen Interesse nur geraten werden, die Satzung und Krankenordnung ihrer Kasse genau einzuhalten. Nur dadurch können sie sich vor oft schweren Nachteilen schützen. St.—8.

Eine zerbrochene Werksgemeinschaft.

Seit einigen Jahren spielt in den Reihen der Unternehmer ein gewisser Dr. Schenz, Textilfabrikant in Vörsach, eine große Rolle. Er hatte in seinem Betriebe eine Werksgemeinschaft ausgegossen, die als Muster der Zusammenarbeit zwischen Kapital und Arbeit hingestellt wurde. In vielen Vorträgen hat Dr. Schenz seine Erfolge in die Welt hinausposaunt, wobei er besonders seiner Freude darüber Ausdruck gab, seine Betriebsangehörigen völlig von den übrigen Berufsangehörigen isoliert zu haben. In dem Betriebe von Schenz sollten hohe Löhne bei günstiger Organisation der Arbeit erreicht werden. Ein raffiniertes Rationalisierungssystem wurde durchgeführt. Den Arbeitern von Schenz wurde versprochen, daß bei Akkorddiensten keine Abzüge erfolgen sollen. Da plötzlich wurde, wie wir dem „Textilarbeiter“ entnehmen, an die Arbeiterklasse das Verlangen gestellt, den Lohn um 30 Proz. zu ermäßigen. Das hatte selbst die geduldrigen Werksgemeinschaftler in Erregung gebracht, was zur Folge hatte, daß in einer tumultuarisch verlaufenen Betriebsversammlung die Aufhebung der Werksgemeinschaft beschlossen wurde. Damit war eine Komödie zu Ende, die weit über das babylonische Mysterienland hinaus Beachtung gefunden hatte. Sicher waren es keine neuen Gedanken, die Herr Schenz in die Tat umgesetzt hatte. Er bewegte sich in den alten Gedankenengängen der Werksgemeinschaften. Neu war an dem Gedanken, daß eine mit Hilfe der Rationalisierung durchgeführte Betriebsorganisation mit der alten Idee von der Interessengemeinschaft zwischen dem Arbeiter und dem Werke verbunden wurde und Herr Schenz als Ahefiker einer neuen Idee in der Welt herumfuhr. Jetzt kann sich Herr Schenz nicht mehr rühmen, seine Arbeiter von den übrigen Berufsangehörigen zu isolieren. Die Arbeiterklasse des schenischen Betriebes findet hoffentlich wieder vollständig den Weg zum Zusammenschluß mit der übrigen Textilarbeiterklasse. Damit gehört diese Episode der Vergangenheit an.

Eine gewaltige Organisation.

Die Internationale Arbeitsorganisation, an deren Spitze das Internationale Arbeitsamt steht, setzt sich aus 55 Staaten zusammen. Außer den Vereinigten Staaten von Nordamerika und Rußland gehören alle Staaten von Bedeutung dieser umfassendsten aller Organisationen an. Mit der I.A.O. kann nur noch die Internationale Handelskammer verglichen werden. In dieser gehörten aber im Vorjahre nur 45 Staaten. Die I.A.O. geht also in ihrer Ausbreitung über die größte Organisation des Unternehmertums hinaus. Hier ruht die Keimzelle für die Angleichung und feste Fortentwicklung der Sozialpolitik. Die I.A.O. ist der beste Garant des Friedens und der Zivillisation. Die Arbeiterklasse aller Länder ist lebhaft an der Entwicklung der internationalen Organisation der Arbeit interessiert.



Internationaler Kongress der Glasarbeiter in Stockholm.

(Schluß.)

Sodann erhält das Wort zum Punkt "Nationalisierung und Konzentration in der Glasindustrie" Kamerad Freds. Der Referent geht auf die Bedeutung der Glasindustrie ein und behandelt die Nationalisierung und Konzentration in dieser Industrie. Beide sind überspannt worden ohne Rücksicht auf die Auswirkungen. An Ausweitung des Absatzes hat man nicht gedacht. Mechanisierung brachte Freistellung der gelehrten Arbeit in der Flaschen-, Glühlampenfabrikation und Fensterglasindustrie, zu einem Teil auch in der Weißhohlglasindustrie. Starke Leistungssteigerungen sind, trotzdem nur wenig Menschen an den Maschinen beschäftigt werden, zu verzeichnen.

Krebs schildert dann die verschiedenartigen Maschinen, die heute in der Industrie vorhanden sind. In der Mechanisierung tritt nunmehr noch die Normierung und Typisierung. Amerika geht hier voran. Vom periodischen Betrieb geht man mehr und mehr zum kontinuierlichen über. Landesorganisationen und Internationale haben sich mit diesen Fragen in den letzten Jahren viel beschäftigt. Anträge an das Internationale Arbeitsamt sind eingereicht und Erfolge erzielt worden.

Nationalisierung und Mechanisierung wird es geben, solange Menschenhände denken, wir müssen dafür sorgen, daß der Ertrag dieser Umstellung auch den Arbeitern zugute kommt. Dazu ist notwendig, daß wir mehr Einfluß erlangen und gewinnen. Die Glasindustrie braucht auch in der Zukunft geübte Arbeiter.

Nebner geht dann auf die Betriebsruhe ein. Staat und Gesellschaft dürfen nicht aufsehen, wie immer mehr Arbeiter durch Nationalisierung freigestellt werden. Selbständige Ruhepausen und 45minütige Arbeitspausen verlangte der Kongress in Prag. Die Tagung des I.A.W. in Genf ist den Wünschen der Arbeiter nicht nachgekommen, der Widerstand war zu groß.

Der Kongress in Paris hat Erhöhung der Ruhepausen auf 30 Stunden verlangt, wie solche schon landesgesetzlich oder durch Tarif teilweise durchgeführt worden ist.

Frankreich und Belgien waren bei der Konferenz in Köln 1928 der Auffassung, daß die 30stündige Ruhepause nicht nur auf den Sonntag gelegt werden müsse. Nebner ist der Auffassung, daß diese Anschauung falsch ist, und daß die Ruhepause einseitig auf den Sonntag festgelegt werden muß.

In der mechanischen Fensterglasindustrie ist die Einführung des Vierdrittelsystems notwendig. In Belgien und Frankreich ist dieses System eingeführt worden. In der Tschechei mußten die Arbeiter dreischichtig mit 12stündigen Sonntagswechsel arbeiten. Bei der Einführung dieser Industrie in Deutschland wurden die deutschen Arbeiter zur gleichen Arbeitsleistung verpflichtet. Die Konferenz von Köln (12. Dezember 1928) beschloß, allgemein das vierdrittelschichtige System, die Schicht zu 8 Stunden und 2stündige Sonntagsruhe, zu fordern.

Nebner weist dann auf die den Delegierten vorliegenden Statistiken hin. Aus diesen ergibt sich, daß wir die 45minütige Arbeitsweise fordern müssen. Abzuschneiden ist die vierdrittelschichtige Arbeitsweise von je 8 Stunden, die den Arbeitern die volle Sonntagsruhe nicht gewährt.

Von einer Diskussion wurde Abstand genommen.

Am 2. Verhandlungstag spricht DeLaant zum Punkt Lohnfragen. Er weist auf die vorliegende Lohnstatistik hin. Diese soll den Kollegen zur Information dienen. Sie soll gleichfalls eine Waffe für die kleineren Länder sein, wenn deren Unternehmer Lohnabbau treiben wollen. Auf Beschluß des Exekutivkomitees soll auch eine Lebenshaltungstabelle aufgenommen werden. Das ist eine schwere Aufgabe und kann wegen der Verschiedenartigkeit der Bedürfnisse nicht völlig einwandfreie Vergleichen ermöglichen. Richtiger würde es sein, wenn das I.A.W. diese Aufgabe erfüllen würde, ihm stände reichhaltiges Material zur Verfügung.

Müller, Deutschland, spricht seine Freude aus, daß zum ersten Male eine solche Lohnstatistik vorliegt. Die Frage des europäischen Durchschnittslohnes kann nur so behandelt werden, daß man einen gewissen Durchschnitt versucht zu ermitteln. Jeder andere Durchschnitt wäre falsch.

Caprasse, Belgien, wendet sich gegen den Artikel Clarke im Bulletin. Die Ansicht Clarke über Belgien ist falsch. Einheitliche Gestaltung der Produktionspreise und der Löhne ist unmöglich. Die Löhne der belgischen Arbeiter haben die gleiche Kaufkraft, wie die Löhne in den anderen Ländern. Lebenshaltungstabelle hält er für unmöglich, die Bedürfnisse sind zu verschieden, einen Durchschnitt kann man nicht finden. Nebner hält ebenfalls das I.A.W. dafür für geeignet, wir können das nicht machen. Vergleiche zwischen Europa und Amerika sind nicht möglich. Er wendet sich gegen die amerikanischen Zollschranken. Gemeinsames Streben, die Früchte der Nationalisierung für die Arbeiter zu sichern, ist notwendig.

Björnsson, Norwegen. Es wäre besser, wenn die Lohnstatistik noch ausführlicher zu erhalten wäre. Als Anfang genügt die Zusammenstellung. Kongressbeschlüsse genügen nicht, die Landesorganisationen müssen versuchen die Löhne zu erhöhen, wo sie zu niedrig sind. Dafür ist gute Statistik notwendig. Die Glasarbeiter in Norwegen leiden unter der Konkurrenz der anderen Länder, vor allem werden aus Belgien Tafelglas, aus der Tschechei Flaschen eingeführt. Norwegen hat das vierdrittelschichtige System zu je 8 Stunden erhalten, die Arbeiter haben keine Lohnvereinbände dadurch gehabt. In den Fabriken mit Fourcoul-Maschinen arbeiten die Arbeiter nur 42 Stunden in der Woche. Er spricht gegen die schwedischen Kollegen, weil in Glasta noch 49 Stunden gearbeitet wird. In Norwegen haben die Arbeiter auch 14 Tage Ferien. Das muß auch in den anderen Ländern angestrebt werden. Er weist nochmals auf die Konkurrenz der Länder mit niedrigen Löhnen hin. So werden in Antwerpen gezahlt für eine Kiste Tafelglas free of board 11-12 Kronen, während der Arbeitslohn in Norwegen dafür 12-13 Kronen beträgt.

Fisk, Glasta (Schweden), spricht gleichfalls für die Notwendigkeit der Erhöhung der Löhne in den Ländern mit niedrigem Lohnstandard. Bessere Informationen sind notwendig, aber auch zwischen Schweden und Norwegen. Aussprache über Schichtensystem ist notwendig, um ähnliche Bestimmungen zu ermöglichen.

Lücke, Finnland. Wir haben nur kleine Fabriken mit 6 bis 10 Häfen und wenig Mannschaften. Gearbeitet werden alle Artikel der Weißhohlglasindustrie. Die Arbeiter müssen dauernd andere Artikel machen. Die Löhne sind außerordentlich verschieden, ebenso die Lebensmittel. In Weißhohlglas haben wir nur einige Pressen, dagegen sind Flaschenmaschinen verschiedener Art vorhanden. Darunter auch einige Vollautomaten. Die Flaschen sind aber nicht gut. In der Fensterglasindustrie sind einige Fourcoul-Maschinen vorhanden. Es gibt wenig Export. Rohmaterial muß eingeführt werden. Leider ist wenig Arbeit. Aussehen und Kurzarbeit sind stark vorhanden. Das drückt auf die Arbeitslöhne. Organisiert sind nur Otenarbeiter und die Schleifer. Eine gute Lohnstatistik ist schwer aufzustellen.

Die vorliegende Resolution wird einstimmig angenommen.

DeLaant macht bekannt, daß die belgischen Fensterglasarbeiter nunmehr freundschaftliche Beziehungen zum belgischen Glasarbeiterverband haben. Der Präsident sendet ein Begrüßungstelegramm. Es besteht die Hoffnung, daß die Fensterglasarbeiter bald dem belgischen Verband beitreten.

Ueber Kollektivverträge spricht Caprasse, Belgien. Früher war die Arbeiterklasse der Willkür der Arbeitgeber ausgeliefert. Die Schaffung der Gewerkschaften brachte es zu Wege, eine kollektive Arbeitsregelung zu schaffen. Notwendig sind gesetzliche Regelungen, aber voraus muß der Kampf um die Verträge gehen, sonst bekommen wir keine Gesetze. Ueber das Prinzip braucht man heute nicht mehr zu reden, wir sind alle einig. Vor einigen Jahren war das noch anders, aber die Verhältnisse haben uns gezwungen, Verträge zu schließen. In einem Teil sind bereits gesetzliche Bestimmungen vorhanden, die die Verträge schützen. In Belgien war es noch nicht möglich, nationale Verträge zu schließen, sondern nur für Bezirke und einzelne Betriebe. Die Folge ist, daß keine Einheitlichkeit vorhanden ist. Zum Teil enthalten die Tarife Lohnbestimmungen, die auf dem Index beruhen. Die Tarife sind aufgebaut auf die Lebensnotwendigkeit, gleiche Kaufkraft soll mit ihnen garantiert werden. Er empfiehlt die Annahme der Resolution Viktora und zieht seine zurück. DeLaant empfiehlt Musterverträge aufzustellen. Das ist nicht allgemein möglich, sondern nur für Länder, die noch keine Verträge kennen.

Die Resolution Viktora wird einstimmig angenommen.

Sodann spricht Wirbig über Arbeitererziehung. Es ist nicht möglich, alle Gesetze zu schildern, die in den verschiedenen Ländern vorhanden sind. Die Gesetze sind abhängig von der Macht der Arbeiterkraft. Aber nicht die Stärke der Gewerkschaften allein ist maßgebend. In Genf führen die Unternehmer einen heftigen Kampf gegen Verbesserungen. Vornehmste Aufgabe des Internationalen Sekretärs ist, auf die zurückgebliebenen Länder einzuwirken. Die Industrieländer haben einen großen Einfluß in Genf. Wir müssen den Einfluß unserer Internationale stärken, um gleichen Einfluß zu haben. Nebner schildert die Berufskrankheiten in den verschiedenen Industrien, darunter auch die Berufskrankheiten in der Glasindustrie. Der berufskranke Arbeiter bekommt keine Arbeit mehr. Die soziale Gesetzgebung muß sich der Berufsfranken annehmen. Glasproduktion ist für die Arbeiter schwer, Berufskrankheiten sind nicht ganz zu vermeiden. Wir fordern Entschädigung für diese Kranken.

Bei uns sind in erster Linie der graue Star und die Tuberkulose. Wir haben Verordnungen, die Entschädigungen den Arbeitern zusprechen, wenn grauer Star vorhanden ist. Es muß aber Beweis geliefert werden, daß grauer Star durch den Beruf hervorgerufen ist. Altersstar wird nicht entschädigt. Die Unternehmer sagen immer, daß Altersstar vorhanden ist. Von 500 am Star Erkrankten haben bisher nur 200 Kollegen Entschädigung erhalten. Medizinische Autoritäten erklären oft den Star als Altersstar, der Arbeiter erhält keine Unterstützung, selbst wenn er ein Menschenalter im Beruf gestanden hat.

Die Lungentuberkulose ist eine Folge des Berufes. Deshalb müßten diese Arbeiter Schutz durch ausreichende Unterstützung erhalten. Frauenarbeit vor dem Ofen muß in allen Ländern verboten werden. Gleichfalls muß verboten werden jede Frauenarbeit bei gesundheitsgefährlicher Beschäftigung in den Schmelzeleien, in Hebereien und Malereien. Wir verlangen Verbot der Fingerringe in den Glasfabriken. Große Arbeitslosigkeit wird Verlängerung der Schulspflicht bis zum 15. Lebensjahr notwendig machen. Die Gewerbeinspektionen sind auszubauen, dazu müssen unsere Kollegen hinzugezogen werden. Die Arbeiter müssen vor Entlassung geschützt werden, wenn sie auf Mängel aufmerksam machen. Unsere gemeinsame internationale Arbeit wird uns Erfolge auch auf diesem Gebiet bringen. Die Kollegen aller Länder müssen erkennen, daß der Arbeiterschutz wichtig für alle Arbeiter ist.

Es folgt nun das Referat des Kollegen Neumann über die Verschmelzungsfrage. Die Zusammenballung des Kapitals macht starke internationale Arbeiterorganisation notwendig. Das ist auch sehr notwendig für die Glasarbeiter. Sie benötigen sozialen Schutz und große internationale Interessensolidarität. Starke Kartellierungen in der Glasindustrie machen die Lohnfragen zu einer internationalen Angelegenheit. Bei der Verschmelzungsfrage muß die Eigenart der Glasarbeiterbewegung berücksichtigt werden. Zusammenballung auf nationalem Gebiete mit Keramarbeitern haben stattgefunden. Hoffen wir, daß auch auf internationalem Wege gleiche Möglichkeiten sich bieten werden. Es bestehen zu Recht Befürchtungen, daß die Glasarbeiter in der großen Internationale nicht genügend Beachtung finden. Deshalb müssen wir uns nach Bundesgenossen umsehen. Diese können die Keramarbeiter sein. Mit ihnen und später dann auch mit der Internationale der Fabrikarbeiter müssen die einzelnen sich ergebenden Fragen durchgesprochen werden.

Es folgt die Diskussion, in der zuerst Kamerad Viktora spricht. Konzentration der Arbeitskraft ist notwendig. Wir hoffen, daß, wenn die Ansprachen stattfinden und es zu einer Einigung kommen sollte, dann auch die Interessen der Glasarbeiter gewahrt werden. Wir haben praktisch gearbeitet und Erfolge zu verzeichnen. In der zukünftigen Internationale müssen die Belange der Glasindustrie durch einen Glasarbeiter behandelt werden. Das ist notwendig, weil zumiel besondere Fragen zu behandeln sind. Wir haben auch Rücksicht auf die amerikanischen Kameraden zu nehmen. Die tschechischen Glasarbeiter stehen noch allein, sie streben aber Vereinigungen mit Keramarbeitern an. Im übrigen stimmt er Neumann zu.

Müller, Holland, wünscht eine Änderung des ersten Teils der vorliegenden Resolution, damit das Sekretariat bessere Einwirkungsbedingungen hat. Bereits 200.000 Glas- und Keramarbeiter sind in den Verbänden, die der Fabrikarbeiterinternationale angeschlossen sind, nur 50.000 stehen abseits. Seiner Meinung nach ist die Sache spruchreif. Immer mehr werden ungelernete Arbeiter in der Glasindustrie beschäftigt, deshalb ist Zusammenschluß notwendig. Er würde aber auch einen vorläufigen Zusammenschluß der Internationalen der Glas- und Keramarbeiter begrüßen. Von einer Schädigung der Interessen der Glasarbeiter kann bei einem Zusammenschluß keine Rede sein. Wir können unsere Bedingungen stellen. Er ist im übrigen mit der Resolution einverstanden. Eine Diskussion über den Antrag der Fabrikarbeiterinternationale ist dann nicht notwendig, wenn seinen Wünschen entsprochen wird.

Söder, Schweden, ist für die Änderung der Resolution wie Müller, Holland, es wünscht. Er will einige Informationen geben. 3000 Glas- und Keramarbeiter sind seinem Fabrikarbeiterverband angeschlossen. Nur einige ganz kleine Gruppen stehen noch abseits. Er ist im übrigen mit Neumanns und Müllers Ausführungen einverstanden. In Norwegen liegen die Verhältnisse ebenso wie in Schweden. Wenn es möglich ist, muß jede Gruppe von einem Fachmann geleitet werden, immer läßt sich das nicht durchführen. In Schweden haben sich die Sekretäre auch erst einzuarbeiten müssen in die Verhältnisse der verschiedenen Branchen.

Stokes, England, sagt, daß er nicht im Prinzip gegen eine Verschmelzung ist, aber er hält einen Zwang durch Ver-

schluß nicht für möglich. Die Verhältnisse in England sind sehr verschieden gegen die Verhältnisse in den anderen Ländern. Sie haben keine einheitliche Glasarbeiterbewegung. Außer den Arbeitern, die in der National Federation der Glasarbeiter sind, gibt es eine größere Zahl, die von den verschiedensten Organisationen aufgenommen worden sind und von diesen nicht zurückgegeben werden. So seien die Spiegelarbeiter, einschließlich Fassettenschleifer, im Verband der Möbelarbeiter, aber auch die Verbände der Bauarbeiter und Gemeindefabrikanten haben Glasarbeiter, meist Glaskeramiker, in ihren Reihen. Ebenso hat der Verband der Fabrikarbeiter Glaskeramiker aus der Glasindustrie aufgenommen.

Es wird schwer halten, diese Mitglieder wiederzuhalten. Die verschiedenen internationalen Sekretäre müssen dafür einen Weg finden. Er ist der Auffassung, daß wir uns erst mit den Keramarbeitern vereinigen sollen, aber seine Mitglieder sind anderer Meinung. Wichtiger wäre noch, immer erst die nationale Einigung herbeizuführen, wie es im Beschluß von Paris heißt. Aber es ist nicht so einfach, in England eine Organisation in die andere aufgehen zu lassen. Dazu ist eine 2/3 Majorität notwendig, und dem Majoritätsrichter muß der Beweis geliefert werden, daß die Arbeiter zum Uebertritt den Willen haben. Aus einer Korrespondenz mit Clarke weiß er, daß sich dessen Organisation sofort zurückziehen würde, wenn es zur Verschmelzung käme.

Thiemig (Deutschland) spricht zum Antrag Viktora. Dieser und andere begrüßen wohl die Verschmelzungen in Österreich und der Tschechoslowakei, aber sie ziehen nicht die notwendigen Folgerungen für die Internationale daraus. Die Internationale sollte Führer dabei sein. Wenn wir warten wollen, bis überall die nationale Verschmelzung kommt, dann müssen wir noch lange warten. Alle Nebner sind im Prinzip für den Zusammenschluß, viele haben aber Bedenken, die nicht alle anerkannt werden können. So kommen wir nicht weiter.

Die englischen Glasarbeiter sind heute nicht so zahlreich organisiert wie wir es wünschen. Wenn jetzt zur Zeit einer selbständigen Internationale der Glasarbeiter die englischen Berufsgruppen zerplittert sind, dann kann es doch nicht schlimmer werden in einer gemeinschaftlichen Internationale. Wir können nicht Rücksicht nehmen auf die Glasarbeiter, die nicht bei unseren Verbänden organisiert sind. Es ist nicht zu 100 Prozent zutreffend, daß nur Facharbeiter Berufsinteressen der Glasarbeiter meistern können. Nebner weist auf die Schwierigkeiten hin, die früher dem Zusammenschluß in Deutschland entgegenstanden. Nachher ist alles glatt gegangen. So ist es in Österreich gewesen. Andere Länder brauchen nicht warten, bis die Not sie zwingt. Diese Fabrikarbeiterinternationale hat 100.000 Grobkeramiker an die Feinkeramik abgegeben; sie zählt 600.000 Mitglieder; von den Glasarbeitern sind jetzt 100.000 international zusammen, in der Porzellaninternationale nach Abzug der Grobkeramik 50.000. Von den Glasarbeitern sind 75 Prozent schon bei den Fabrikarbeitern. Von den restlichen 25 Prozent noch abzuziehen die 8000 Glasarbeiter der Tschechoslowakei, die jetzt mit den Keramarbeitern zusammengeschlossen sind. Für die Berufsinteressen der Glasarbeiter wird auch international gesorgt werden. Ueber das Maß der Selbständigkeit kann man nicht unterhalten. Nicht alle Sonderrechte können bleiben; die Allgemeinheit wird den Vorteil haben. Einrichtungen zu Interessenvertretungen müssen geschaffen werden. Es wird so sein müssen, daß für alle dann vorhandenen Branchen Sekretäre vorhanden sind. Kein Mensch kann daran denken, die Fachinteressen der Glasarbeiter zurückzustellen.

Am 3. Verhandlungstag spricht zuerst Lisen (Dänemark). Auch in Dänemark liegen die Verhältnisse anders als in Deutschland. Glas- und Keramarbeiter sind erst noch allein. Niemand kann wissen, ob uns die Verschmelzung Vorteile bringt. Er ist nicht gegen eine Verschmelzung, aber diese müßte erst zwischen Glas- und Keramarbeitern erfolgen.

Grünzel ist der Auffassung, daß man erst versuchen müsse, die drei internationalen Sekretariate an einen Ort zusammenzuliegen. Sowie dies geschehen sei, würden wir schnell zu einer Vereinigung kommen. Der gemeinsame Sitz muß aber in ein Land mit großer Industrie, in der alle beteiligten Branchen vertreten sind, sein. Nur in diesem Falle können die Interessen der einzelnen Branchen und die vielen technischen Fragen aus der Glas- und der Porzellanindustrie richtig behandelt werden. Die Sekretäre müssen mit den Verhältnissen der Industrie völlig vertraut sein. Legt man so die Internationalen zusammen, dann könnte ein internationaler Sekretär die allgemeinen Fragen behandeln, und für jede einzelne Branche würde dann ein Sekretär nebenamtlich die besonderen Fragen in der bisherigen Weise bearbeiten. Geht man so vor, dann würde man allen Wünschen gerecht werden können.

Müller (Deutschland) weist auf die Beschlüsse des Internationalen Kongresses der Keramarbeiter hin, die man bei dieser Frage nicht außer acht lassen kann. Deshalb ist der Weg, den Neumann vorschlägt, richtig. Nebner versteht nicht, daß Müller (Holland) sagt, die nationale Einigung wäre nicht wichtig. Notwendig ist doch, daß wir mit einer geschlossenen Front in die Verschmelzung gehen. Wir können hier keine Bedingungen für die Verschmelzung formulieren; was sollten dazu die anderen Internationalen sagen. Neumanns Resolution schafft die notwendige Klarheit. Wenn Thiemig Führung verlangt, dann müßte doch vor allem die große Internationale der Fabrikarbeiter führend sein. Neumann verlangt, daß, wenn die Internationale der Keramarbeiter eine Ansprache ablehnt, daß dann die Internationale der Fabrikarbeiter Einladung an die anderen ergehen läßt. Augenblicklich gibt es keine bessere Maßform als Neumanns Resolution. Das Problem Grünzel bringt auf lange Zeit keinen Zusammenschluß. Bei Annahme des holländischen Antrages würden wir sofort Teile der Keram- und Glasarbeiter verlieren. Wenn wir geschlossen bleiben, wird auch Stokes nicht widersprechen. Wir wollen die Verschmelzung nicht auf die lange Bank schieben, aber wir müssen taktisch richtig handeln.

Lücke (Finnland) glaubt nicht, daß eine Verschmelzung mit der Fabrikarbeiterinternationale den Glasarbeitern Vorteile bringt, eher kann dies der Fall sein bei einem Zusammengehen mit den Keramarbeitern. Wenn diese eine Verschmelzung wollen, sollen sie es sagen.

In seinem Schlußwort stellt Neumann fest, daß besondere Gegensätze nicht vorhanden sind. Die diplomatische Form der Resolution ist notwendig, damit wir niemand vor den Kopf stoßen. Eine Aussprache mit den Keramarbeitern ist bereits durch eine Einladung von dieser Organisation in die Wege geleitet. Wir müssen von unten aufbauen, um einen festen Grund zu schaffen.

Es folgt dann das Referat Viktors über Hilfe an auswandernde Kollegen. Nebner weist darauf hin, wie früher die Kollegen, wenn sie aus Not oder weil sie ausgebeutet waren, das Winterland verließen, oft in größtes Elend gekommen sind,

Im Ausland hat sich niemand ihrer angenommen. Seit be-

Sodann berichtet Krebs über die Beratungen der An-

Der Internationale Sekretär, sowie die Mitglieder des

Als nächster Tagungsort wurde Wien gewählt.

Welthwasser O.-L.

Krefel fängt an zu krefeln. Vor einiger Zeit kam nach

Betriebsstrategisches und arbeitsgerichtliches Verfahren herzlich

Netzt macht Krefel schon in hoher Positiv. In einem Rund-

Einmal ärgert es ihn, daß die freien Gewerkschaften die

Von finanzieller Miswirtschaft der Sozialisten in den

Organisation ist, der Fall sein. Die freien Gewerkschaften sind zu

Aber der Nachfahre des Jean Krefel beweist, daß er Angst

Krefel wird mit seiner Krefelei gerade das Gegenteil von

Der belgische Glastrust perfekt.

Wie wir soeben von authentischer Seite erfahren, ist der

Schneegattern.

Unsere österreichische Bruderorganisation warnt vor Ar-



Leipziger Herbstmesse 1930.

Mit großen Hoffnungen kamen die Aussteller in diesem

Im Porzellangeschäft ging es aus all diesen Gründen nicht

In den Musterlagern und Ausstellungsräumen der Por-

Die Porzellanfahrik Philipp Rosenthal A.-G. hat

Als Neuheit zeigte die Porzellanfahrik Thomas in

Die Porzellanfahrik Krister in Waldenburg kann im

Die Porzellanfahrik Rosenthal, Selb-Bahnhof,

Der Serienschlager von Werk Kronach soll das Service

Die größte Neuheit des Rosenthal-Konzerns ist der neue

Beim Griechenschlagger-Konzern findet man in

In Porzellan-Palais sah man bei Aker,

Die Abteilung Edert stellte eine neue Dekorationsart

Die Feinstingutfabrik Rodach hatte unter ihren

Im Kahl-Konzern haben die Porzellanfahriken in

Die Porzellanfahrik Schumann & Schreiber, Schwarz-

Bei der Staatlichen Porzellanmanufaktur Meissen fand

Die Staatliche Porzellanmanufaktur Berlin hat ihre

Die Ausstellung von der Porzellanfahrik Szu-

Prantheim & Abelberg, Selb, hatte wieder Neuheiten in

Die Porzellanfahrik Tettau, A.-G., wartete mit neu-

Gräf & Krippner, Selb, gehören zu den Werken, die ihre

Die Porzellanfahrik Reinhold Schlegelmilch in Tilla-

Die Striegauer Porzellanfahrik in Stanowitz ist stolz

Die Porzellanfahrik Steinmann, Tiesensfurt, stellte

Die Porzellanfahrik J. Ebelstein in Ruppau konnte mit

Die Porzellanfahrik Stadlengselb legte sich eine

Die Porzellanfahrik Heinrich & Co. in Selb hatte ein

Ein erfolgreicher Schlagger moderner Art war sicher das

Die Porzellanfahrik Kaestner in Oberhohndorf in ihrem

Eine weitere Porzellanfahrik, die ihre Erzeugnisse ver-

Auch die Porzellanfahrik "Bavaria" in Ullersricht bei

Die Porzellanfahrik Pönigszelt, A.-G., stellte ihre

Beh, Scherzer & Co., Neuhau, hatte mit dem Teeservice

(Fortsetzung folgt.)

Die Porzellanarbeiter wehren sich.

Die Kündigung des Reichsarbeitsvertrages und des Lohnvertrages für die Deutsche Feinkeramische Industrie durch die Unternehmer hat unter der Arbeiterschaft dieser Industrie lebhafteste Diskussion und Stellungnahme ausgelöst. Aus fast allen Zählstellen und Betrieben gehen fortgesetzt Proteste gegen das Verhalten der Arbeitgeber ein, die erkennen lassen, daß die Verhältnisse empört sind darüber, daß seitens der Arbeitgeber Abbaumaßnahmen am Vertragswesen propagiert werden. Zur Nationalisierung, die auf Kosten der Arbeiter in den Betrieben durchgeführt worden ist, zu den Leistungssteigerungen und Abschaffungen will man anscheinend noch einen Generalabbau der noch gültigen Tarifbestimmungen hinzufügen, den die Arbeiter auf keinen Fall hinzunehmen gedenken. Zumal gerade die Porzellan- und Steingutarbeiter mit zu den Arbeitern gehören, die in Punkte Lohn schlechter gestellt sind als viele andere Berufsgruppen. Nachstehend einige Zuschriften zu diesem Kapitel:

Freiberg.

Die Belegschaft der Porzellanfabrik Freiberg nahm in einer am 26. August 1930 abgehaltenen, sehr gut besuchten Versammlung Stellung zur Kündigung des Tarifes, des Lohn- und Nebenabkommens durch den Arbeitgeberverband. Die Versammlung ist alle der Auffassung, daß die Kündigung des Arbeitgeberverbandes nur der Verschlechterung der rechtlichen Bestimmungen und Hemmungen in der Lohnfrage dienen soll. Ohne weiteres kann angenommen werden, daß die Arbeitgeber ebenso wie im März d. J. gegen das Mitbestimmungsrecht der Kommissionen und des Arbeiterrates in den wichtigen Fragen des Urlaubs, der Arbeitszeit und der Lohngestaltung ankämpfen werden. Man wird versuchen, wie schon des Öfteren mit Hilfe der Schlagwörter „Notlage“ und „untragbar“ die geplanten Verschlechterungen durchzusetzen.

Die Versammlung erklärt, daß solchen Absichten der stärkste Widerstand entgegengeleitet werden muß. Sie sind nicht gewillt, in sozialrechtlicher Beziehung in den Bestimmungen über die Lohngestaltung irgend welche Verschlechterungen hinzunehmen, sie sind vielmehr der Auffassung, daß versucht werden muß, das bereits bestehende Mitbestimmungsrecht entsprechend den Verhältnissen weiter auszubauen. Auch in der Frage der Bewertung der Arbeitskraft muß eine zeitgemäße Ausgestaltung erfolgen. Die Liste der Facharbeiter muß ergänzt werden und geht es z. B. nicht an, daß die Presser in den elektrotechnischen Betrieben als „Ungelernte“ behandelt und entlohnt werden und gleichzeitig die Betriebsleitungen sich guteingearbeitete Presser gegenständig abjagen oder austauschen, wie solches im erhöhten Maße in den Werken des Kahl-Konzerns zwischen Freiberg, Margaretenhütte und Hermzdorf geschieht.

Auf Grund der Arbeitsleistung müssen die Presser als Facharbeiter geführt und demgemäß bezahlt werden. Im übrigen stellt die Freiburger Arbeiterschaft ihre im März d. J. bereits übermittelten Forderungen wieder heraus und hofft, daß diese von der Tarifkommission nachdrücklich vertreten werden. Sie geloben gleichzeitig, auch ihrerseits für die Erhaltung der Rechte und den Ausbau derselben in den Betrieben einzutreten und unangenehm für die Stärkung der Organisation tätig zu sein.

Nachstehende Willensäußerung wurde von den Versammelten mit dem Gelächter, sich restlos dafür einzusetzen, einstimmig angenommen:

Resolution.

Die heute versammelten Porzellanarbeiter und -arbeiterinnen nahmen Stellung zu den von den Unternehmern aufgedrängten Tarifverträgen. In schärfster Weise verurteilte die Freiburger Porzellanarbeiterschaft das Vorgehen des Unternehmeriums der Feinkeramischen Industrie.

Bei allen Verhandlungen haben die Gewalttäter versucht, das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter bei Preisbildungen auszuschalten, um so die an und für sich schon schlechten Löhne noch mehr zu drücken.

Wir erheben scharfen Protest dagegen, daß eine Industrie-gruppe, die sich im Ausland an großen Unternehmungen beteiligt, die derzeitige schlechte Wirtschaftslage benutzt, um die rücksichtslose Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterinnen und Arbeiter durchzuführen. Die Versammlung hält an den im März d. J. gestellten Anträgen fest und fordert die Verhandlungskommission auf, mit allen Mitteln geplante Verschlechterungen abzuwehren und bis zum äußersten zu greifen, um die fernen Rechte der Arbeiterschaft zu erhalten.

Sommerfeld.

Eine gutbesuchte Funktionärsitzung der Zahlstelle nahm Stellung zur Kündigung des Lohn- und Mantelvertrages durch den Arbeitgeberverband. Der Beschluß der Tarifkommission, in der Porzellan- und Steingutindustrie die Tarifabmachungen nicht zu kündigen, obwohl eine Lohnerhöhung und Manteltarifverbesserungen unbedingt notwendig wären, wurde als richtig anerkannt.

Um so mehr waren die Funktionäre entsetzt über die Tarifkündigung durch die Arbeitgeber. Sie erkennen daraus, daß die Unternehmer einen Angriff auf das ungenügende Lohnniveau und auf die langjährigen Tarifrechte der feinkeramischen Arbeiterschaft planen, zu den schon in den Betrieben die einsetzende willkürliche Ausschaltung der Preis-Kommissionen eine Vorarbeit ist.

Die Funktionäre fordern deshalb als die berufenen Vertreter der Belegschaften, vertrauensvoll auf die Verbände und Branchenleitung, daß die letztere, gestützt auf den Rückhalt der Mitgliedschaft, alles versucht, damit der planmäßige vorbereitete Lohnabbau und die sonstigen beabsichtigten Tarifverschlechterungen energig abgewehrt werden. Alle Kollegen und Kolleginnen werden wir auf das brutale Vorgehen der Unternehmer hinweisen, dann werden wir sie zu überzeugen versuchen, daß nur eine gut disziplinierte, geschlossene, handelnde Arbeiterschaft, vereint im Verband der Fabrikarbeiter, Abteilung Keramischer Bund, den Angriffen der Unternehmer standhalten, und die Abwehr siegreich zu gestalten vermag.

Mitterteich.

Die Zahlstelle hat zu den kommenden Lohnverhandlungen Stellung genommen und erneut die Forderungen, die sie im Frühjahr d. J. zum Mantelvertrag gestellt hat, als Forderungen erhoben. Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft muß im Tarifvertrag verankert bleiben. Die Löhne müssen eine Aufbesserung erfahren.

Feha.

Sech verlangt die 42-Stundenwoche, Entschädigung für ausfallende Arbeitszeit bei Betriebsstörung, Verabreichung der Altersklassen für Vorkarbeiter und Erhöhung des Urlaubs für ältere Arbeiter. Die Zahlstelle setzt ihr volles Vertrauen in die Tarifkommission und erwartet, das letzte Mittel nicht zu scheuen, um die Forderungen der Arbeiter durchzusetzen. Die Porzellanarbeiter haben ein Recht auf Verbesserungen ihrer Löhne und Arbeitsverhältnisse, denn ihre Lage erfordert es.

Küps.

In einer am 15. August stattgefundenen Versammlung haben die Belegschaften aus Küps und Mainleus Stellung zu der Kündigung des Tarifvertrages genommen und einstimmig eine Entschädigung gefordert, worin ihre Empörung gegen die Kündigung der Arbeitgeber zum Ausdruck kommt. Die Belegschaften erwarten, daß die Tarifkommission bei den kommenden Verhandlungen dafür sorgt, daß die Pläne der Unternehmer zurückgewiesen werden, und stellen sich einmütig hinter die Leitung der Organisation.

Neuhaus a. Rhg.

Die Porzellanarbeiter-Versammlung hat verlangt, daß die Zeitlohnarbeiter 20 Proz. und die Akkordarbeiter 10 Proz. Lohnerhöhung erhalten. Weiter wird gefordert, daß der Urlaub in der Zeit vom 1. April bis 30. September eines jeden Jahres zu gewähren ist. Da die Maschine immer mehr Arbeiter aus den Betrieben entfernt, so wird der 7-Stundentag oder die 42-Stundenwoche gefordert.

Meuselwitz.

Meuselwitz verlangt Änderung der Tarifparagrafen 19 und 20.

Kronach.

Die heute zahlreich versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen der Feinkeramischen Industrie nehmen die Kündigung des Tarifvertrages durch die Unternehmer zur Kenntnis. Sie erwarten, daß die Tarifkommission sich dafür einsetzt, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Porzellanarbeiter verbessert werden. Die Löhne der Porzellanarbeiter sollen erst einmal an die Lebenshaltungskosten herangebracht werden.

Eisenberg i. Th.

Im großen Saal des Volkshauses nahm eine sehr gutbesuchte Versammlung der Porzellanarbeiter Stellung zu der Kündigung des Vertrages durch die Unternehmer. Mit großer Entrüstung über die Unternehmung brachte die Versammlung zum Ausdruck, daß die Verhandlungskommission wie immer ihre Pflicht tun möge und daß Eisenberg bereit ist, auch für ihre Forderungen zu kämpfen.

Waldfassen.

Die Zahlstelle Waldfassen hat sich am 9. August in einer gutbesuchten Versammlung mit der Kündigung des Tarifvertrages befaßt und Forderungen zur Ortsklassenvergebung gestellt. Die Arbeitszeit soll 44 Stunden in der Woche betragen. Die Überstunden sollen in Wegfall kommen, Druckerinnen sollen als Facharbeiterinnen anerkannt werden, die Altersklassen sollen reduziert werden, der Urlaub soll erhöht werden, die Effektivverdienste müssen eine Erhöhung erfahren.

Neuhaldensleben.

Am Freitag, dem 15. August 1930, hat in Neuhaldensleben und Neuhaldensleben je eine stark besuchte Versammlung der Steingutarbeiter stattgefunden.

Beide Versammlungen beschäftigten sich mit dem von Arbeitgeberseite geforderten Tarifvertrag über Lohn, Mantel und Arbeitszeit.

Das Verhalten der Arbeitgeber bei der gegenwärtigen schlechten Wirtschaftslage wurde gebührend gewürdigt. Obwohl die Betriebe Schmelzer & Gerede und die Mitteldeutsche Stein-

Internationale Hygiene-Ausstellung und die Bragis

Schon lange ist es für uns nichts Neues mehr, daß der größte Teil der Internationalen Hygiene-Ausstellung für die Arbeiterschaft nur aus Theorie besteht, die schon aus wirtschaftlichen Gründen nicht durchführbar ist. Denn was nützt schließlich jeder noch so gut gemeinte Hinweis auf Hygiene aller Art, wenn es uns an hauptsächlichsten, an Geld und gesunden Wohn- und Arbeitsverhältnissen fehlt. Doch darüber möchten wir heute gar nicht reden, ist doch dieses Thema schon so oft behandelt worden, daß die Notwendigkeit auf bessere Lebensbedingungen ohne weiteres anerkannt werden dürfte.

Wer als Ausstellungsbesucher das ganze Gelände durchstreift, wird besonderes Interesse an der Halle für Arbeits- und Gewerbe-Hygiene haben. Man hat auch dieses sehr treffend ins Recht gesetzt. Wie schützt sich der Arbeiter gegen diese und jene Berufschäden? Was kann er selbst tun, um Gefahren und Störungen abzuwenden, und vieles andere mehr. — Wichtig bleibt der Blick auch auf zwei Bildern haften, die die Nische- und Koffablagerungen und deren Abföschung zeigen. „Wie es früher war“ und „Wie es heute durch bessere technische Anwendung durchgeführt wird“. Das sind Bilder, die zum Nachdenken veranlassen. Auf dem ersten zeigt man das Ablösen von glühender Nische und halberbranntem Pops mit Wasserrohren und Schläuchen, wodurch der dicke Aschereis vom Fabrikhof in die Höhe getrieben wird und die in der Nähe Arbeitenden damit in ziemlich gesundheitschädliche Berührung gebracht werden. Das andere Bild bringt die neue, bessere Art. Mit Apparaten, die die ungeheuren Staub- und Gaswolken abfangen, verluft man die obengenannten Gefahren zu beseitigen. Aber nur auf den Bildern der Ausstellung!

Die Wirklichkeit sieht nämlich in den Betrieben ganz anders aus. Gerade nach der erstgenannten, gesundheitschädlichen Methode verfährt man schon seit Jahren im Betriebe der Firma Miller & Koch. Inmitten der Hygienestadt Dresden ist dieser Betrieb gelegen. Trotzdem von der Betriebsverwaltung wiederholt auf diese Missetände hingewiesen wurde, wird keine Abhilfe geschaffen. Wie selten ist es möglich in diesem Betriebe aus Rücksicht auf die Produktion die Fenster zu öffnen, um frische Luft hereinzulassen. Geschichte es aber einmal, dann wird der Arbeitsaal in kurzer Zeit durch Aschene-gase verpestet, weil der Saal unmittelbar über einem solchen Aschenablagerungsplatz liegt.

Die Hersteller solcher Bilder für die Ausstellungen scheinen keine Ahnung von den wirklichen Zuständen in den Betrieben zu haben, sonst wäre es unmöglich darzustellen, „wie es heute ist“ und „wie es war“. Notwendig war, daß die Arbeitgeber und Fabrikleiter sich einmal diesen Teil der Ausstellung genauer ansehen würden. Vielleicht schlägt ihnen dann doch das Gewissen und sie sorgen für Abhilfe im eigenen Betrieb.

Gedanken eines Arbeiters.

Die Reichsverfassung vom 11. August 1919 bestimmt im Artikel Nr. 1: Alle Macht geht vom Volke aus! Dieser glückliche Traum von Gleichheit und Freiheit ist längst vorüber. Die alt-neue Rechtslosigkeit des Volkes beugt sich wiederum den gegenwärtigen Mächtigen. Der alte Wahlspruch: Geld ist Macht, hat in seiner Bedeutung nichts verloren; mit vollster Überzeugung kann behauptet werden, daß sich dieses Uebel gemessen an den Vorkriegsverhältnissen, noch vergrößert hat. Die Konzentrationsbestrebungen in der Porzellanindustrie beweisen zur Genüge, daß der Wächter des Kapitals noch lange nicht erschöpft ist. In der Erkenntnis, daß nun die letzte Arbeitskraft aus den gequälten Porzellanern gezogen ist, wird mit der Kündigung des Mantel- und Lohnvertrages der Versuch unternommen, auch noch die letzte Restkraft der Arbeiterschaft zu kürzen. Es ist leider eine bekannte Tatsache, daß heute schon in vielen Betrieben um die nackten Tariflöhne gekämpft werden muß. Die Bestimmung, die Tariflöhne als Mindestsätze gelten zu lassen, wird vielerorts nicht mehr anerkannt. Da aber gerade die Porzellanarbeiterschaft großen gesundheitlichen Gefahren ausgesetzt ist, ist es eine nahezu verbrecherische Rücksichtslosigkeit des Unternehmertums, die Urlaubs- und sonstigen sozialen Bestimmungen im Manteltarifvertrag verschlethern zu wollen.

Es will aber auch scheinen, daß sich die Arbeiterschaft durch die gegenwärtige ungünstige Wirtschaftslage zu sehr beeinflussen

gutfabrik in Althaldensleben gegenwärtig kurzarbeiten lassen und die Zahl der Arbeitslosen an beiden Orten sehr groß ist, lassen die Keramarbeiter beider Orte, die bei früheren Arbeitskämpfen immer mit in den vordersten Reihen standen, den Mut nicht sinken.

Nach ausgiebiger Aussprache wurden in beiden Versammlungen Forderungen aufgestellt, und erwartet, daß die Verhandlungskommission alles daransetzt, damit diese Forderungen Geltung bekommen.

Forderungen:

1. Lohnaufbesserungen: Es wird gefordert: Mit Wirkung ab 1. Oktober 1930 beträgt der Lohn des Facharbeiters über 24 Jahre in Ortsklasse B und Lohnanteil A 40 M. Die Löhne für die übrigen Berufsgruppen und für die einzelnen Altersklassen A und B sind neu aufzustellen.

Begründung:

Diese Lohnaufbesserung wird gefordert, um die seit dem letzten Lohnabkommen eingetretenen Erhöhungen an Miete und Erhöhung der Beiträge zur Sozialversicherung auszugleichen und die Kaufkraft der Arbeiterklasse zu erhöhen.

2. Als Effektivzuschläge werden 8 Proz. gefordert.

Begründung:

Bei den letzten Lohnaufbesserungen waren keine Effektivzuschläge bei den Lohnverhandlungen festgelegt. Die Stückpreise, die schon zum großen Teil hart an der Akkordbasis lagen, sind dadurch stehengeblieben, und es sollen durch die gestellte Forderung die Stückpreise der neu festzulegenden Akkordbasis wieder angepaßt werden.

3. Mantelvertrag:

Es wird gefordert, daß die Altersklassen für männliche Arbeiter von 20 bis 24 Jahren in Fortfall kommen, und für diese sollen die Lohnsätze der über 24 Jahre alten Arbeiter Geltung haben.

Begründung:

Nach den gesetzlichen Bestimmungen ist ein Arbeiter über 20 Jahre vollberechtigt und entspricht es nur der Billigkeit, wenn diesem Antrag stattgegeben wird.

4. Der Urlaub ist nach der Beschäftigung in der Branche zu bemessen.
5. Gefordert wird die 42-Stundenwoche.

Begründung:

Die Nationalisierung hat zur Folge gehabt, daß die Produktion trotz geringerer Belegschaft dieselbe geblieben ist. Um die große Zahl der Arbeitslosen wieder in den Arbeitsprozeß einzubringen, ist es erforderlich, daß die 42-Stundenwoche in eine 42-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich umgewandelt wird.

läßt. Die Angst, das letzte Stück Brot zu verlieren, darf nicht dazu führen, jeden Aktionswillen auszuschalten. Diese große Gefahr für die Arbeiterschaft, die notwendigen an den Hand des wirtschaftlichen Abgrunds führen muß, muß auf alle Fälle vermieden werden. Es besteht aber auch durchaus keine Ursache, alle Verschlechterungen in Kauf zu nehmen, mit etwas Mut läßt sich manches abwehren. Wer sich selbst aufgibt, hat kein Anrecht, von dem Gegner bewertet zu werden. Die Profitgier des Kapitals wird sich nie stillen lassen, auch wenn das arbeitende Volk das Letzte hergibt. Unsere Parole muß stetiger Kampf sein, nur auf diesem Wege können wir der völligen Verelendung entgehen. Solange es im übrigen dem Unternehmertum noch möglich ist, einen Luxus zu treiben, an dem der Arbeiter nicht einmal denken kann, solange besteht für uns keine Ursache, an die Notlage des Unternehmertums zu glauben.

Noch großt das Volk und ist tatenlos, die Geschichte aber lehrt, daß noch nie ein Volk schweigend zugrunde gegangen ist. Wacht, wacht, hütet euch!

Eisenberg, Thür.

Die Funktionäre und Betriebsräte der hiesigen Betriebe nahmen Stellung zu der Kündigung des Mantel- und Lohnvertrages für die feinkeramische Industrie seitens der Arbeitgeber. Von allen Rednern kam zum Ausdruck, daß dieses Vorgehen eine direkte Verhöhnung der gesamten Porzellanarbeiterschaft ist. Gerade die Porzellanarbeiter sind es doch, die noch unter den schlechtesten Löhnen arbeiten müssen und dabei einen Beruf ausüben, der einer der gesundheitschädlichsten ist. Mit Recht wurde von allen Rednern verlangt, daß an eine Verschlechterung unseres Mantel- oder Lohnvertrages gar nicht zu denken ist. Das Vorgehen zeigt aber mit aller Deutlichkeit, daß sich die Arbeitgeber in die Verhältnisse der Arbeiter, welche unter der gegenwärtigen Wirtschaftskrise mit am schwersten zu leiden haben, gar nicht hineinsetzen können. Man muß wirklich an ihrem Verstand zweifeln. Verkündnis hätte man haben können, wenn man zur Kündigung des Vertrages geschritten wäre zu einer späteren Zeit. Anspruch auf Kündigung des Lohnvertrages hat einzig und allein nur die Arbeiterschaft, denn sie hat noch sehr viel aufzuholen, was in den vorhergehenden Verhandlungen ihnen nicht bewilligt wurde. Wenn aber die Arbeiterschaft jetzt zur Kündigung greift, wo die Kaufkraft eines jeden äußerst gering ist, so bezweigt sie nur damit, daß sie absolut kein Verkündnis dafür hat, das Wirtschaftslieben wieder flottzumachen. Das ist die Aufgabe aller Kreise, und das kann nur geschehen, wenn die Kaufkraft der Arbeiterschaft geboben wird. Die Betriebsräte legen deshalb in die Branchenleitung und die Verhandlungskommission ihr vollstes Vertrauen und erwarten von ihnen, daß unter keinen Umständen irgendwelche Verschlechterungen eintreten, sondern daß die noch restlichen Forderungen durchgesetzt werden. Die Eisenberger Belegschaften sind jederzeit bereit, wenn es sein muß, sich ihr Recht durch Kampf zu erkämpfen. Unter keinen Umständen nehmen sie Verschlechterungen hin.

In demselben Sinne sprach sich auch die darauf folgende überfüllte Mitgliederversammlung aus und schloß sich voll und ganz der Ansicht der Betriebsräte und ihrer Ortsverwaltung an.

Zuschußkasse Deutscher Porzellanmaler.

Rassenbericht pro 1. Halbjahr 1930.		Ausgabe RM	
Einnahme RM			
Beiträge und Eintrittsgelder	7 170,50	Krankengeld	4 953,—
Kapitalvermehrung	2 586,35	Sterbegeld	210,—
Lieferordentl. Einnahmen	1,50	Kapitalvermehrung	3 088,51
Bestand v. 1929	13 727,00	Verwaltung d. Zahlstellen	451,24
Zinsen	775,06	Bern. d. Hauptkassa	240,89
		Rassenbestand	15 866,36
Summa 24 260,50		Summa 24 260,50	

Vermögensnachweis.

Spar-Kassenbuch in der Konsum-Genossenschaft	14 826,48 RM
Barbestand	419,88 RM
Ausschüsse an die Zahlstellen im 3. Quartal	120,— RM
Summa	15 866,36 RM

Mitgliederbestand 581.

Waldburg i. Schl., 30. August 1930.

A. Vor, Kassierer.



Jahresbericht der Ziegeleiberufsgenossenschaft für 1929.

II.

Produktionsfragen, Unfälle, Entschädigungen.

Im ersten Artikel haben wir ausgeführt, daß der Jahresbericht verschiedene Mängel aufweist, die nach Lage der Dinge von der Ziegeleiberufsgenossenschaft leicht beseitigt werden könnten. Vor allen Dingen die Spezialisierung der bei der Berufsgenossenschaft versicherten Betriebszweige. Wir hatten dabei gesagt, daß darüber von der Berufsgenossenschaft eine große Geheimnisträmerie getrieben wurde. Aber nicht nur über den Umfang der berichteten Industriezweige, sondern auch in anderer Beziehung wird eine große Geheimnisträmerie getrieben, und zwar in bezug auf die Produktionsverhältnisse. Gerade darüber kann man z. B. über die deutsche Ziegelindustrie keine genauen Zahlen erfahren. Von anderen Ländern werden wir fast über alle Industriezweige durch die Fachblätter der Unternehmer über Umfang der Industrie, Produktions- und Verbrauchsverhältnisse, Ein- und Ausfuhr auf das genaueste unterrichtet. In Deutschland kann man, außer von der Zementindustrie und einiger kleinerer Gruppen innerhalb der Industrie Steine und Erden genaue Zahlen nicht erhalten. Man ist meist auf Schätzungen angewiesen, was natürlich nicht besonders angenehm ist. Warum man zum Beispiel von der Ziegelindustrie keine genauen Zahlen über die erzeugte Produktion erhalten kann, ist nicht recht ersichtlich. Welche Gründe für diese große Geheimnisträmerie maßgebend sind, ist unerfindlich. Gerade im Interesse der Ziegelindustrie läge es, wenn seitens der Industrie darüber genauer Aufschluß gegeben würde. Um so besser könnte dann die Wirtschaftslage gerade dieses Industriezweiges beurteilt werden. Aber nicht nur direkt die Unternehmer sind in dieser Beziehung große Geheimnisträmer, sondern selbst die Stellen, welche in der Lage wären, darüber Auskunft zu geben. Das wären die Berufsgenossenschaften. Diese erhalten die nötigen Unterlagen über die Produktionsverhältnisse. Bisher sind aber in den Jahresberichten Mitteilungen darüber nicht erschienen. Man glaubte bisher immer, daß auch die Berufsgenossenschaften aus Mangel an Unterlagen dazu nicht in der Lage wären. Das scheint aber nicht der Fall zu sein, wie aus dem vorliegenden Jahresbericht der Ziegeleiberufsgenossenschaft hervorgeht. Auf Seite 12 des ersten Teiles ist darüber folgendes ausgeführt:

„Ein für unsere Berufsgenossenschaft ehrenamtlich tätiger Unternehmer hatte sich geweigert, der seit 1906 geltenden Erhebungsbestimmung, wonach jedes Mitglied der Ziegeleiberufsgenossenschaft zur Angabe der Jahresproduktion verpflichtet ist, zu entsprechen. Die Befehlungen des Sektions- und Genossenschaftsvorstandes hatten keinen Erfolg. Schließlich verlangten wir unter Hinweis auf die Strafbestimmungen, daß der Unternehmer die Lohnnachweise durch die Produktionsangaben ergänzen oder wegen dieser Aufforderung Beschwerde beim Reichsversicherungsamt führen solle. Er wählte den letzteren Weg. Die Aufsichtsbehörde wies durch Bescheid vom 13. Juli 1929 die Beschwerde als gänzlich unbegründet zurück und bestätigte unser Vorgehen als berechtigt, zumal die sämtlichen Angaben in den Lohnnachweisen den Schutz des § 142 der RVD. genießen.“

Die Produktionsangaben sind unbedingt notwendig, weil aus ihrem Vergleich mit den nachgewiesenen Löhnen sich Schlüsse auf die Richtigkeit der nachgewiesenen Lohnsummen ziehen lassen.“

Die Ziegeleiberufsgenossenschaft bezieht sich auf den § 142 der RVD., welcher unbefugtes Offenbaren von Geschäfts- oder Betriebsgeheimnissen unter Strafe stellt. Wir können uns denken, daß bei der Zusammenziehung der Genossenschaftsvorstände, die ja zum größten Teil aus Ziegeleibern bestehen, bei der bekannten Kleinrämerie vieler dieser Herren, auf eine Veröffentlichung von Produktionszahlen nicht zu rechnen sein wird. Wir geben auch durchaus nicht der Geschäftsleitung der Genossenschaft die Schuld an diesem Mangel.

Aber eines möchte der Vorstand der Berufsgenossenschaft beachten, daß man heute über den einzelnen Betrieb sehr leicht die Produktionszahlen erfahren kann, also keine großen Geheimnisse dabei offenbart werden können.

Und wenn nun die Ziegeleiberufsgenossenschaft die bei ihr eingehenden Einzelzahlen zusammenstellt und veröffentlicht, können auch keine Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse der einzelnen Betriebe verraten werden. Vielleicht modernisieren sich auch einmal die Ziegeleiber und streifen die Kleinrämerie ab.

Damit wollen wir die Betrachtung über diese Frage be-schließen und uns der

Unfallstatistik

Zu wenden.

Im Jahre 1929 sind 16 001 Unfälle zur Anmeldung gekommen gegen 17 035 im Jahre 1928, mithin 1929 1034 weniger. Dieses Zurückgehen der Unfallziffern ist an und für sich nur zu begrüßen, doch ist wohl hier weniger die größere Beachtung der Unfallverhütungsvorschriften oder ein besserer Unfallschutz die Ursache, sondern die geringere Beschäftigungsmöglichkeit. Die lange, bis in den Frühling 1929 hinein anhaltende Kälte des Winters 1928/29 hatte selbst Betriebe zum Erliegen gebracht, die seit Kriegsenden noch keinen Winter stillgelegen, sondern stets durchgearbeitet hatten. In der zweiten Hälfte ließ die Beschäftigung gerade in den zur Ziegeleiberufsgenossenschaft gehörenden Betrieben bereits wieder nach, so daß im ganzen genommen die Beschäftigung gegenüber 1928 bedeutend geringer war. Wir wollen aber auch gern annehmen, daß die fortwährende Verzögerung ihr Teil an Zurückgehen der Unfallzahlen mit beigetragen hat. Aber wie gesagt, richtige Schlüsse kann man dieser Beziehung nur dann ziehen, wenn man mehrere normale Jahre miteinander vergleichen kann.

Erstmals entschädigt sind:

im Jahre 1929	1152 Fälle
im Jahre 1928	1234 Fälle
mithin 1929	82 Fälle

weniger.

Zu den erstmalig entschädigten Fällen kommen nach 689 auch Unfallfällen, wo lediglich Zahlungen an Krankenkassen geleistet sind, was wegen Wiederherstellung des Verlustes keine Renten-festsetzung erfolgte.

Die Unfallentschädigungen betragen:

1929 nach Abzug der Entlassungen	3 648 672,56 RM
1928 dagegen	3 233 356,43 RM
das sind 1929 mehr	310 336,52 RM

In erster Linie ist die Erhöhung der Unfallentschädigung im Jahre 1929 darauf zurückzuführen, daß rund 107 000 RM, an Kosten für Heilbehandlungen 34 000 RM, für Heilanstaltspflege 14 000 RM und an Verletzten-Renten 102 500 RM mehr aufzu-wenden waren als im Jahre 1928.

Die gezahlten Renten verteilen sich wie folgt:

An 610 Verletzte	2 182 254,07 RM	} durch Unfall Geschädigte
An 129 Witwen	473 965,41 RM	
An 70 Arbeiter	211 535,54 RM	
An 33 Angehörigen (Verwandte amtlich) (Frauen)	129 155,59 RM	

Ferner sind 13 Witwen von getöteten Verletzten mit 11 202,84 RM und 157 Verletzte mit 184 020,94 RM abgefunden. In letzter Summe sind 118 399,49 RM enthalten, die an 39 Verletzte auf Grund der vom Reichsarbeitsministerium erlassenen 2. Verordnung vom 10. Februar 1928 über die Abfindungen der Unfallrenten gezahlt worden sind. An Witwenbeiträgen sind in 30 Fällen 15 823,12 RM gezahlt. Für Behandlung von Verletzten, welche nicht in Heilanstalten untergebracht waren; kamen in 3194 Fällen 317 928,96 RM und für 786 Fälle an Kosten für Heilanstaltspflege 215 876,88 RM zur Auszahlung.

Die Unfälle auf dem Wege von und zur Arbeit erforderten in 104 Fällen die Summe von insgesamt 50 990,12 RM.

Ueber die erfolgten Weisungen in Rentenfragen, Berufungen, Rekurse und Streitigkeiten werden folgende Zahlen veröffentlicht:

Weisungen erfolgten	4145
Berufungen gegen die Weisungen sind eingelegt	1525
beim Reichsversicherungsamt Rekurse	172
und Streitigkeiten	5

anhängig.

547 Strafbescheide über 16 038 RM sind von der Ziegeleiberufsgenossenschaft erlassen worden.

Diese betrafen im einzelnen:

Wegen Nichtführung d. Lohnliste	4 Fälle mit insgef.	115 RM
unterlassener od. verspäteter Einreichung d. Lohnnachweise	139 " " "	1 930 "
unrichtiger Angaben in den Lohnnachweisen	15 " " "	1 775 "
nicht od. verspäteter Einreichung d. Lohnanfrage	17 " " "	213 "
nicht od. verspäteter Einreichung d. Einschätzungsfragebogen	289 " " "	3 090 "
Verstößen gegen d. Unfallverhütungsvorschriften	83 " " "	8 915 "
Insgesamt 547	" " "	16 038 RM
1928 dagegen	314 " " "	15 273 "

Die Verstöße, bei denen Strafen verhängt wurden, haben sich also um 233 Fälle vermehrt. Das ist kein besonders günstiges Zeugnis für die Ordnungsliebe unserer Unternehmer in der Ziegelindustrie und den anderen Industriezweigen, die in der Ziegeleiberufsgenossenschaft versichert sind.

Der Bericht meldet, daß fast in allen Fällen beim Genossenschaftsvorstand Einspruch erhoben wurde. In 11 Fällen seien die Einsprüche aus Billigkeitsgründen berücksichtigt worden. In 101 Fällen ist Beschwerde beim Reichsversicherungsamt eingelegt, die meistens durch Zurückweisung oder durch Zurücknahme erledigt wurde. Ein Strafbescheid sei im Beschwerbewege aufge-

Man verlangt 2 RM Krankenscheingebühr von den Ziegeln.

Die famose sozialistenreine Bürgerblutregierung, Auflage II, hat bekanntermaßen mittels verfassungswidriger Anwendung des Artikels 48 die Lastverteilung bei der Ausgleichung der Einnahmen und Ausgaben des Reichshaushalts so vorgenommen, wie wir freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei beabsichtigt hatten. Erst im August 1929 hat die Regierung das Verbot der „allerhöchsten Belastung der Massen. Unter anderem hat da die Arbeitslosenversicherung und daneben auch noch die Krankenversicherung erhalten müssen. Abwaschen der Leistungen auf der ganzen Linie unter dem heuchlerischen Motto: „Rettung und Erhaltung der Versicherung!“ Die Auswirkungen dieses grandiosen Raubes der Rechte der Arbeitslosen und Krankenversicherter machen sich schon bemerkbar. Folgendes Kundschreiben ist geradezu bezeichnend:

Ziegelmeisterkrankenkasse, Lage i. Lippe.

Wir haben leider feststellen müssen, daß die Familienversicherung unserer Kasse ernstlich bedroht ist. Den weitaus größten Teil der Beiträge der Mitglieder versichert die Familienversicherung, und nicht etwa, wie es sein sollte, für kleine und kleinste Unpäßlichkeiten, die bestimmt auch ohne Inanspruchnahme der Kasse sich von selbst behoben hätten.

Am dieser ungeheuren Verschwendung Einhalt zu tun, hat der Vorstand und Aufsichtsrat beschlossen — jetzt kommt es, Zieglerprolet, das muß du dir einprägen und unter keinen Umständen bis zum 14. September wieder vergessen — für jeden Familienkranken eine Gebühr von 2.— RM (Zwei) zu erheben. Außerdem ist die Kasse berechtigt, falls ein Familienmitglied den Arzt gleich zur ersten Untersuchung kommen läßt, die Wegegebühren für diesen ersten Besuch vom Kranken zurückzufordern. Denn wir müssen immer wieder feststellen, daß es gerade die Familienangehörigen sind, die den Arzt einfach kommen lassen, trotzdem sie in den meisten Fällen in der Lage waren, selbst hinzugehen.

Sie wollen also bei Anforderung eines Familienkranken-scheines unanständig 2.— RM einzahlen, ohne die ein Schein nicht ausgestellt werden darf.

Lage, den 1. Juli 1930.

Die Ziegelmeisterkrankenkasse, Lage i. Lippe.

Das ist die ungeheuerliche Auswirkung der monatelangen, fanatisch betriebenen Debe des gesamten Bürgertums gegen die Familienversicherung. Noch lange bevor die achtundvierziger Jahre herübergegangen war, hat man bei diesen famosen Ziegelmeistern geglaubt, daß die zuerst von der Regierung Brünning erzwungene Festsetzung einer Krankenscheingebühr von 1.— RM bei der noch übersritten werden wurde und gleich schon am 1. Juli 1930 die horrenden Summe von 2.— RM beschloßen. Dieser Beschluß ist eine glatte Ungeheuerlichkeit.

Der § 187 b der RVD. in der neuverordneten Fassung schreibt vor, daß eine Gebühr für die Ausstellung der Krankenscheine von je 50 Pf. genommen werden soll. Der Satz kann er-möglicht werden auf 25 Pf. bei einem Grundlohn von nicht mehr als 4.— RM pro Tag. Ist dieser aber höher, kann die Gebühr bis auf 75 Pf. erhöht werden. Auch die allerhöchste Auslegung dieser Bestimmung kann weder eine höhere Summe heraus-bekommen, noch eine Klassifizierung vornehmen nach Kranken-scheinen und Familienkranken-scheinen. Trotzdem glaubt die Ziegelmeisterkrankenkasse es ihren Mitgliedern, die in der Mehrzahl aus Zieglerproleten und nicht aus Meistern zusammen-setzt, bieten zu dürfen, zur Ungeheuerlichkeit auch noch Lohn und Spott anzuschütten.

Ist es nicht geradezu eine niederträchtige Verallgemeinerung, wenn gesagt wird, daß die Versicherung von den Zieglerangehörigen nicht etwa nur für wirkliche Krankheits- und Notfälle in Anspruch genommen wird, sondern in der Hauptsache für kleine und kleinste Unpäßlichkeiten. Unsere Zieglerfrauen, deren Männer durchweg fernab der heimatischen Scholle in meist öden, vielfach verbrockten und verzwungen Zieglerlofern haften und durch schwere Arbeit ihren Lohn teuer verdienen müssen,

haben und sieben Strafen ermäßigt worden. In einem besonders schweren Falle hat sich die Berufsgenossenschaft genötigt gesehen, die Entscheidung des Oberversicherungsamtes durch weitere Beschwerde beim Reichsversicherungsamt anzugreifen. Der Bericht schreibt: Zur Begründung, daß den Genossenschaftsvorständen die strenge Abnung von Verstößen gegen die Unfallverhütungsvorschriften und die Festsetzung angemessener wirksamer Strafen von der Aufsichtsbehörde zur Pflicht gemacht sei.

Es muß also schon ein sehr grober Verstoß gewesen sein, wenn der Genossenschaftsvorstand in der beschriebenen Weise ver-fahren hat. Daß die Unternehmer sehr oft von den Behörden recht glimpflich behandelt werden, kann man ebenfalls daraus schließen. Auch nachstehende Schilderung des Falles beweist das. Der Bericht besagt darüber folgendes:

„Ein Oberversicherungsamt stützte seine Entscheidung in der betr. Sache auf eine für den Unternehmer günstige gerichtliche Beurteilung des Gewerbeaufsichtsamtes, von dem der Betrieb acht Monate nach der durch den technischen Aufsichts-beamten bewirkten Revision beschlagnahmt worden war.“

Demgegenüber erklärte das Reichsversicherungsamt in seiner Entscheidung vom 30. Oktober 1929 — I/74/29 B. S. II —:

Für den Zustand des Betriebes zur Zeit der Beanstandung durch den technischen Aufsichtsbeamten kann die Beurteilung des Gewerbeaufsichtsamtes, abgesehen von der zwischen den beiden Behörden liegenden langen Zeit, schon darum nicht in Frage kommen, weil überdies in der Zwischenzeit in dem Betriebe wesentliche betriebliche und bauliche Veränderungen vorgenommen worden sind. Die durch den technischen Aufsichtsbeamten festgestellten Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften rechtfertigen eine empfindliche Strafe. Nach Lage des Falles war die Strafe von 200 RM als angemessen anzusehen und daher der Strafbescheid wieder herzu-stellen.“

Dem Beschwerdeführer wurde außerdem vom Reichsversiche-rungsamt eine Gebühr von 20 RM auferlegt.

Wir werden bei der späteren Schilderung der Unfälle noch auf die hartnäckigen Unternehmer, denen der Schutz der Arbeiter-schaft gleichgültig ist, ja, die sich geradezu gegen Beachtung der Unfallverhütungsvorschriften wenden, zurückkommen.

Der Bericht besagt, daß die Strafverfahren die Hauptvermal-tung sehr belasten, da fast jeder Strafbescheid unwillige Klagen hervorruft, die eingehend behandelt und geprüft werden müßten. Die Gegenüberstellung der Genossenschaftsverwaltung lände nur in vereinzelten Fällen verständnisvolle Würdigung. Wir glauben das gern. Auch uns ist bekannt, welche hartgebo-ttenen Sünder gerade in der Ziegelindustrie gegenüber Arbeiter-schutz vorhanden sind.

Im dritten Artikel wollen wir auf die Überwachung der Betriebe, Unfallursachen und Folgen näher eingehen.

haben samt ihren Kindern überhaupt nicht Zeit, auf kleine und kleinste Unpäßlichkeiten Rücksicht zu nehmen. Der jämmerliche Verdienst der Männer, welche doppelten Haushalt zu führen ge-zwungen sind, zwingt diese Frauen in ihrem Heimatsort von früh bis spät schwer auf den Landereien der Bauern zu arbeiten, daß die Schwarte nur so knackt. Und wenn sie dann totmüde nach Haus kommen und zu allem Unglück auch noch eines der kleinsten Kinder wirklich krank ist, dann sollen sie wohl noch, das kranke Kind im Bündel auf den Rücken geschnürt, wie Zigeuner, nach dem oft meilenweit entfernten Wohnort des Familienarztes wagen, um evtl. das Kindchen zu retten. Das nennen die ja-mosen Ziegelmeister dann ungeheure Verickwendung. Und wenn dann der Arzt gerufen wird, sollen die Proleten auch noch die nicht geringen Wegegebühren zurückzahlen. Höher geht's wirk-lich nimmer.

Wenn tatsächlich die Ziegelmeisterkrankenkasse in Lage in Lippe an finanzieller Unterernährung leidet, so ist das eben ein Normalzustand sämtlicher unzähliger kleiner und kleinster Krankenkassen, die nicht leben und nicht sterben können und u. a. mehr aber die allerletzten Rufer im Streit sind wider die Begehrlichkeit und Faulheit der Proleten.

Ziegler, merkt euch das! Vergesst es aber unter keinen Umständen, sondern gebt allen Steigbügelhaltern der Sozialverschlechterun-gen ungezügelter Art am 14. September die rich-tige Antwort, indem ihr nur der Sozialdemo-kratrischen Partei die Stimme gebt. Denn sie und die freien Gewerkschaften sind von jeher für eine einheitliche leistungsfähige und nicht in unzählige leistungsschwache Klassen und Kästchen zerplüßerte Krankenkasseneinrichtung eingetreten. Unter den bürgerlichen Bewürderten der unbedingten Aufrecht-erhaltung all dieser Widersinn aber stehen nicht an letzter Stelle die christlichen Gewerkschaften und die Partei der Herren Brüning und Stögerwald. Daran, Ziegler, denkt am 14. Sep-tember. Dein, Hillebrandt.

Weitere Konzentration in der Zementindustrie.

Die Tages- und Fachpresse meldet, daß die Wikingische Portland-, Zement- und Wasserfallwerke A.-G., Münster, 60 Proz. des 800 000 RM betragenden Aktienkapitals des bis-herigen Familienunternehmens der Firma Portland-, Zement- und Kalkwerke Schlenkhoff in Serne zu einem günstigen Kurse erworben hat. Zum Teil hat man Aktien des eigenen Unternehmens dafür hergegeben, zum Teil ist Barzahlung geleistet worden. Die Expansionsbestrebungen von Widing in den letzten Jahren haben verschiedentlich Aufsehen erregt. Wieder ein Konkurrenzunternehmen beiseite. Wahrscheinlich hat man die Firma Schlenkhoff schon vorher durch entsprechende Maß-nahmen für den „Erwerb“ reif gemacht, das kann man aus den Worten „zu einem günstigen Kurse erworben“, schließen.

Die Zementindustrie bzw. der Zementbund hatte die Be-richte in den Fachzeitschriften über seine Wertbestätigung am 27. Februar 1930 mit der Überschrift: „Durch Wirtschaftsfreiheit zum Wirtschaftsaufstieg“, versehen. Was bei einem Auf-saugen der kleineren Unternehmen durch die größeren die Wirtschaftsfreiheit bleibt, wird allerdings der Laie kaum begreifen können. Der Eingeweihte wird natürlich beim Lesen solcher Worte nur ein verständnisloses Rächeln aufbringen und an die Worte „Freiheit, die ich meine“, denken. Daß die bisherigen Leiter des Schlenkhoffschen Unternehmens nun „nur mehr to-tes Zeug“ haben, geht aus dem Schlußsatz, den die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ ihrer Notiz über obige Frage angehängt hat, hervor. Sie schreibt folgendes:

„Die Gesellschaft werde jetzt durch eine dem Widing-Konzern nahestehende Persönlichkeit vertreten.“

In den Geschäftsberichten heißt es gewöhnlich, man sei zu-ber und der Firma in „freundschaftliche“ Beziehungen getreten. Ob das erworbene Unternehmen nicht in nächster Zeit still-gelegt wird, bleibt abzuwarten. Bisher ist es gewöhnlich so ge-wesen, daß Werke aufgekauft wurden, um sie stillzulegen und deren Produktionsquoten übernehmen zu können. Nach der Ar-beiterschaft, die dadurch arbeitslos wurde, fragt dann niemand,

Entscheidung.

Die nachstehend bezeichneten Tarifverträge werden im angegebenen Umfang gemäß § 3 der Tarifvertragsverordnung (Reichsgefesgl. 1928 I S. 47) für allgemeinverbindlich erklärt:

I. Parteien des Tarifvertrages

- a) auf Arbeitgeberseite: Verband der Minden-Mavensberg-Lippischen Ziegeleibetriebe G. V., Minden i. W.
b) auf Arbeitnehmerseite: Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Gau I, Hannover, Gewerksverein deutscher Ziegler, Lage i. Lippe.

II. Tag des Abschlusses:

- a) 2. Mai 1930, Manteltarifvertrag.
b) 28. April 1930, Lohnvertrag.
c) 21. Juni 1930, Nachtragsvereinbarung zum Manteltarifvertrage.

III. Verursacher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit:

Gewerbliche Arbeiter in Ziegeleien.

IV. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit:

Freistaat Lippe und Regierungsbezirk Minden (mit Ausnahme des Betriebes der Firma Schütte & G. in Geisterholz b. Minden, des Betriebes der Gewerks-

schaft Delberg in Bönningburg und der Ziegelei Franz Stamm in Borsgenreich, beide Kreis Warburg, sowie der Ziegelei Westerkörle in Berzsmold und Westerkörle in Westbarthhausen, beide Kreis Halle in Westfalen).

V. Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht auf § 42 des Manteltarifvertrages.

VI. Beginn der allgemeinen Verbindlichkeit: 1. August 1930.

VII. Ende der allgemeinen Verbindlichkeit.

Die allgemeine Verbindlichkeit endet, vorbehaltlich einer früheren Aufhebung durch den Reichsarbeitsminister, mit den Tarifverträgen.

Eingetragen am 8. September 1930 auf Blatt 4385 Nr. 3 des Tarifregisters.

Der Registerführer: gez.: Sprengel.

Im Auftrag gez.: Schmitt. (Stempel)

Schrecklicher Tod eines Zementarbeiters.

Es ist noch nicht lange her, daß der Zementarbeiter Buschel in Misburg auf entsetzliche Art zu Tode gekommen ist. Nun ist in der Nacht vom 30. zum 31. August d. J. in derselben Knochenmühle, der Portlandzementfabrik, der Zementarbeiter Manfki (Lehrte) tödlich verunglückt. Als das Rohmehl, das durch Schnecken befördert wird, ausblieb, sah ein Arbeiter nach, ob ein Maschinendefekt die Ursache sei. Hierbei machte er einen gräßlichen Hund. Der Arbeiter Manfki war in das Getriebe gekommen, und ist ihm buchstäblich der Unterarm ausgerissen. Da er eingeklemmt und kein anderer Arbeiter anwesend war,

verblutete er langsam und starb einen qualvollen Tod. — Wen trifft die Schuld? — Die allzu scharfe Nationalisierung. Die ewige Anweisung der Betriebsmeister, Agitation zu betreiben für Werkverein und Stahlhelm, läßt ihnen keine Zeit mehr zum Kontrollgang. Man wertet den Meister nicht nach seiner praktischen Arbeit, sondern lediglich danach, wie er es fertig bringt, mit faulen Versprechungen die Arbeiterleute in diese Selbstmordverbände hineinzubekommen. Die bedingte Freiheit ist dem Betriebe gewidmet und nicht der Agitation! — Wer wird nun die Mutter ernähren? Vielleicht Herr Grohe mit seinem Millionenvermögen, oder Herr Krndt? Ebmann Horne-mann, die Feiten der Versprechungen sind vorbei! Der Kall Manfki verlangt Aufklärung! Willst du etwas unternehmen, oder werden deine Bemühungen durch einen Korbhaken von 1,80 RM die Stunde auf Kosten deiner gelben Kameraden abgegolten?

Wir überlassen diese Vorfälle der Kritik der Werkvereiner und Stahlhelmarbeiter.

Wir klagen an!

Jungnickel, 23 Jahre, im Kohlenstaub erstickt; Buschel, 25 Jahre, im Zement erstickt und buchstäblich von der Schnecke gemalt; Manfki, 28 Jahre, in der Maschine eingeklemmt und langsam verblutet. Ein Ganzjubiläum — und die vielen Verunglückten, die monatelang im Krankenhaus lagen, ehe sie wieder genesen waren. Das sind die großartigen Erfolge in 1 1/2 Jahren dieser Zementfabrik, hervorgerufen durch die planlose Arbeit der Werkleitung und ihrer Werkzeuge.



Frau Kintzky kommt zur Erkenntnis.

Das war bei Haida, in Bürgstein oder sonstwo — der Name tut ja nichts zur Sache. — Jedenfalls war es in einem jener armenigen nordböhmischen Glasmacherdörfer, die hart an der tschechischen Sprachgrenze, eingebettet in waldumrauschte Täler, umgeben von hohen Bergketten, liegen. Wir nehmen an, es war in Bürgstein.

Ja, in diesem Neste Bürgstein, das von großstadt-müden Menschen als Erholungsort gepriesen wird, kam eines Monatsabends der Glasmaler Kintzky, ein zusammengeknurrtes achtundvierzigjähriges Männlein, nach Hause. Er war in Haida gewesen, wo er seine wunderbar gemalten Vasen abgeliefert hatte. Er war müde, müde. Der Fabrikant hatte die Malpreise herabgesetzt. Trotz Einwände der Glasmaler. Die Lage am Absatzmarkt sei schlechter denn je. Wenn er weiterhin seinen Malern hohe Löhne zahle, könne er nicht mehr konkurrieren. Entweder Preisherababstufung und neue Arbeit oder Einstellung der Beschäftigung. Die Glasmaler hatten aufgemerkt, aber letzten Endes hatten sie sich dreingefunden und waren mit neuen Aufträgen heimwärts getrottelt.

Schändlich wenig Kronen kloperten in Kintzkys Tasche. Dreihundert Kronen hatte er für die mühsame Arbeit einer Woche erhalten. Das war viel. Er galt als ein Künstler seines Faches. Das gab selbst der Fabrikant zu. Seine Kollegen mußten sich mit zweihundert Kronen begnügen.

Auf dem Heimweg hatten sie über ihre Lage gesprochen. Es ginge so nicht weiter. Die Not ward größer. Die Preise stiegen schrecklich in die Höhe. Hunger drohte. Nur die Arbeitslöhne blieben auf der alten Höhe. Sogar gekürzt sind sie worden. Es mußte etwas unternommen werden.

Kintzky hatte sich mit den Kollegen ausgetauscht: „Wenn wir nicht einig sind, wenn wir nicht Mann für Mann aufmurren, dann wird unser Glend ins Unermessliche steigen. Wir müssen uns wehren. Unser Arbeiten wird ansonsten sinnlos. Ohne Aussicht auf Lohn, ohne Erfolg; das ist kein Schaffen. Wir aber wollen mit Freude schaffen! Und Erfolg sehen! Das aber können wir nur gemeinsam mit den Kollegen der ganzen Republik durchsetzen. Wir müssen eins sein, wir Glasmaler der Republik, ja der ganzen Welt! ... hm ... das sagte meine Frau. Die muß es wissen. Sie war in den letzten Wochen einige Male in Steinböden zur Frauenversammlung. Die Frauen beschämten uns. Sie sind uns voraus. Sie haben sich organisiert, um gemeinsam für ihre Sache zu kämpfen. Wir Männer ...“

Die Kollegen hatten ihm beigepröckelt. Hin und her war diskutiert worden. Lange und breit. Man war sich einig, daß es ohne Kampf nicht mehr gehen würde, und daß dieser Kampf nur gemeinsam mit allen Glasmalern durchzuführen sei. Schon morgen wolle man Schritte unternehmen, um eine Versammlung der Kollegen einzuberufen. Ein Vertreter der Glasmachergewerkschaft solle als Referent gebeten werden. Man wolle die Kollegen auffordern, der Glasmachergewerkschaft beizutreten. ...

Da aber war einer aufgetreten: „Kollegen, bergeht nicht, wer ihr seid! Bejammert euch! Wir sind keine Arbeiter, wie die Glasmacher. Wir sind keine Arbeiter im Sinne dieses Wortes. Wir sind selbständige Leute. Künstler sind wir, schlechtenfalls sind wir Handwerker. Wir sind Besitzer von Haus und Hof. Wir sind der Mittelstand! Daß es uns einmal schlecht geht, ist doch kein Grund, sich mit den Arbeitern solidarisch zu erklären! Mein, nach schlechten Zeiten kommen auch gute. Auch ohne unser Zutun. Jawohl! Wir sollten lieber ... huc, was brauchen wir eine Gewerkschaft? ... Einen Handwerkerverein müssen wir ins Leben rufen. Oder eine Innung! Jeder Ort für sich. Den Arbeitern müssen wir es nachmachen, nein, den Fleischern, den Bäckern, den Schneidern, den Friseurinnen müssen wir gleichhul! Wir müssen bei der Regierung einkommen, uns Glasmalermeister heißen zu dürfen. Wir sollten Gesellen halten und Lehrlinge ausbilden. ... Wir dürfen uns nicht niedriger einschätzen als wir sind. ...“

Kintzky war abgeschwenkt und auf sein Haus zugetreten. Seine Verstimmung wuchs. Der Anblick seines schindelgedeckten Häuschens erinnerte ihn an fällige Steuern. Woher sollte er die Summe ... hmen? Dann die Worte des Kollegen, der eine Innung haben wollte! Wo ... Einigkeit? Zusammenhalt? Mähmütig stülpte er die Schuhe aus, um die weißgezeichneten Dielen zu schonen.

So trat er seiner wartenden Frau, einer stattlichen Bier-sigerin, Mutter von sechs Kindern, gegenüber. „Wieviel?“, fragte sie nach der Begrüßung.

„Dreihundert“, war die Antwort.

„Dreihundert für die Arbeit einer Woche! Es waren doch ganz besondere Stücke darunter. Deine Mäuser sind nicht einmal bezahlt worden. Mann! Wohin soll das führen?“ ... Nach einer Pause fügte sie hinzu: „Hast Du mit den Kollegen gesprochen wegen der Gewerkschaft?“

„hm ... anfangs waren sie dafür. Doch der Knie schwankte von der Gründung einer Innung. Und da sind sie umgeschwenkt, vielleicht. Ich habe die Debatte nicht bis zum Ende mit angehört. ...“

„Gib mir das Geld, ich will einkaufen.“ Die Frau hatte einen Entschluß gefaßt.

Nachdenklich war Frau Kintzky zum Konsum gegangen. Die Glasmacher- und Glasmalerfrauen waren einkaufen. Sie kauften für die Woche ein: Lebensmittel und, wenn etwas übrigblieb vom Haushaltsgeld, auch ein Stück Zeug, Schuhe und Kleidung für die Kinder oder sonst etwas.

Heute rechneten die Frauen mehr denn je. Die Männer hatten wenige Geld heimgebracht. Frau Knie führte das Wort:

„Da könnt ihr sagen, was ihr wollt: Es geht einfach so nicht mehr weiter. Was müßt uns der ganze Plag, wenn wir oben rein hungern müßten! Die Arbeit wird immer weniger wert. Und während wir darben, stecken die anderen das Geld in die Taschen. Mit den Glasmalern können sie es ja machen. Die nehmen ja alles gebühlig hin. Scht die Glasmacher an! Die müssen sie bezahlen, die haben Tarifverträge. ...“

Frauen: Alarm!

Seid wachsam, Frauen!

Auch ihr seid berufen, am Volksstaat zu bauen! Auch ihr seid berufen, mitzubereiten, mitzubestimmen, mitzuregieren, den Willen des Volkes mitzubekunden, zu jimmern, zu schmieden mit Staatsbürgerlaken die Zukunft der Kinder, das eigene Glück! Das ist Politik!

Viel zu gewinnen, viel zu verlieren habt ihr am Tage der kommenden Wahl. Quittiert für die Sorge, den Hunger, die Qual! Quittiert für die Jölle und Steuern, die auch die bescheidenste Nahrung vertenern! Quittiert für den Lohndruck durch Stegerwald, den Ritter von der schwarzen Gestalt! Quittiert für das Unrecht an Kranken, die dem Zentrum die Strafe fürs Kranksein verdanken! Quittiert für die Rölle und Lagen, für die fälschlichen Schläge auf Tasche und Magen! Quittiert mit stürmischer Brauour für Wirtschaftsterror und Diktatur!

Seid darum wachsam, Frauen!

Auf euch schaut mit Vertrauen das Volk der Arbeit im ganzen Land, denn die Entscheidung liegt in eurer Hand! Die SPD. muß liegen! Die roten Zahnen fliegen mit Pisse i voran! Voran, Wählerinnen, voran! Nehmet den Bruder, den Mann, den Onkel, die Tante, die Freundin und jede Bekannte zur Urne mit! — Das ratet euch allen

Frau Schmidt.

„Weil sie organisiert sind. Und weil sie geschickt organisiert sind. Die bitten und betteln nicht, sie fordern durch ihre Gewerkschaft. Vor dieser Gewerkschaft haben die Fabrikanten Angst. Die Gewerkschaft ist eine Macht, die durchzusetzen vermag, was sie will. Sie ist diese Macht aber nur, weil sie alle Glasmacher zusammenfaßt. ... Die Glasmaler könnten es ebenso haben. Nichts ist klarer als das: Die Glasmaler müssen sich dieser Gewerkschaft anschließen. ... Und wenn wirere Männer uneinig sind und zögern, dann setzen wir es durch. Jawohl!“ warf Frau Kintzky ein.

Die Frauen standen noch lange beisammen. Unter ihnen war nicht die Uneinigkeit der Männer. Sie sahen die Dinge besser. Genau so wie sie ihre Bedürfnisse nur am Konsum deckten, weil sie die Notwendigkeit der genossenschaftlichen Güterdeckung erkannt hatten — anfangs unbestimmt erst zwar — genau so sahen sie nur in dem Beitritt ihrer Männer zur Gewerkschaft den Weg, der zum Erfolg, zur grundgreifenden Aenderung der Verhältnisse führen kann. Sie wollten nichts wissen von der Beschränkung „Mittelstand“. Sie pfiffen auf den Titel „Frau Meisterin“. Sie wußten zwar, daß ihre Männer Künstler sind; aber sie sahen das Brotlofe dieser Kunst, sie spürten die Unterdrückung von seiten der Fabrik-

anten, daß eben nur durch den Zusammenschluß aller Schaffenden in den Gewerkschaften die wirtschaftliche Lage geändert werden kann. ... Und Frau Kintzky hatte einen Gedanken. Die Frauen verschwören sich gegen die Männer. ...

Das war eine Aufregung im Dorfe. Gestern war eine Versammlung gewesen. Die Frauen hatten sie einberufen. Frau Kintzky hatte verantwortlich gezeichnet. Die Männer waren dringend eingeladen gewesen.

Die Versammlung war ein voller Erfolg. Und ein schöner dazu. Heiß war es hergegangen. Hart gekämpft hatten die Parteien. Aber letzten Endes hatten die Einsichtigen, die Vernünftigen den Sieg davongetragen: Die Glasmaler Bürgsteins beschloßen, die Kollegen Nordböhmens durch einen Mund-brief zum Beitritt zur Glasmachergewerkschaft aufzufordern. Sie selbst vollzogen ausnahmslos am Schlusse der Versammlung ihren Beitritt. Der anwesende Gewerkschaftsfunktionär hatte alle Hände voll zu tun.

Danaß wurde die Sparte der Glasmaler im Glasarbeiterverband, der heute mit dem Keramarbeiterverband vereinigt ist, gegründet. ...

Frau Kintzky lachte ihren Mann an: „Siehst du, Alter, wenn ihr Männer zögert, dann müssen wir Frauen die Sache in die Hand nehmen. Nun ist Hoffnung da. Der Anfang ist gemacht. Die Glasmaler sind Gewerkschaftler geworden. Daß sie gute werden und stets zur Sache stehen, dafür werden die Genossen schon Sorge tragen. Und wir Frauen! ...“

Diese Begebenheit hätte sich ebenso wo anders abspielen können. Noch stehen viele Schaffende abseits. Viele sehen nicht die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation. Nehmen wir nur die gewaltige Zahl der kleinen und kleinsten Handwerker, die eben im Grunde auch nur Lohnarbeiter sind, an. Sie gilt es zu gewinnen. Und sei es mit Hilfe der Frauen! ...

Literarisches.

Der schöpferische Marxismus. Mark Abramowitsch: „Hauptprobleme der Soziologie“ (Probleme marxistischer Lebenskenntnis). Verlagsanstalt „Courier“ G. m. b. H., Berlin. Preis: 3,50 RM. Die dringend notwendige, von den weitesten Kreisen der Arbeiterbewegung seit langem ersehnte und zugleich die einzige Soziologie, die diese Bezeichnung verdient, die alle Grundprobleme der Lebenskenntnis in marxistisch-einheitlicher Weise erfaßt, nimmt endlich ihre eigene Gestalt an und tritt in die Kampfarene des Lebens. Mit zwingender Gewalt manifestiert sie sich in den soeben erschienenen „Hauptproblemen der Soziologie“. Wer in den letzten Jahren sich an den von Prof. Abramowitsch geleiteten Kursen und Arbeitsgemeinschaften beteiligt, seine in den verschiedenen feingewerkschaftlichen und anderen Fachzeitschriften veröffentlichten Aufsätze gelesen hat, weiß, daß dessen Werk eine schöpferische Wende in der bisherigen Soziologie bedeutet — eine Wende zur eigentlichen, weil marxistischen Soziologie als selbständige Wissenschaft.

Dieses Werk ist eine, nicht im schlagwörtlichen Sinne, sondern im Sinne des schöpferischen Aufbaues, revolutionäre Tat. Denn hier wird in der Tat jedes Problem von Grund auf neu gestellt und neu gelöst. Die Art, wie Abramowitsch hier mit den sich zu Unrecht „marxistisch“ dünkenden Martianera (wie er sie nennt) fertig wird, seine Darlegung des Verhältnisses von Soziologie zu Marxismus, seine grundlegende, die gesamte moderne Psychologie umwälzende soziologische Untersuchung der menschlichen Psyche, seine Abhandlung über Kultur und der von ihm formulierte soziologische Wertbegriff, der eine notwendige Ergänzung zur Marxschen Definition bietet, die soziologische Analyse von Revolution, Demokratie und Diktatur, die Untersuchung des Wesens von Nationalität und die daraus folgende Charakteristik von Nationalismus und Internationalismus, und schließlich seine Begriffsbestimmung der Weltlichkeit von Erziehung und Schule — alles zetzt uns hier die einheitliche, klare und große Linie, die wahrhaft produktive Methode, mit der der schöpferische Marxist, der Soziologe, die bunte Vielheit wichtigster Lebens- und Erkenntnisprobleme zu meistern versteht.



Mitgliedsbuch Oskar Rotfch.

Abhanden gekommen ist angeblich das Mitgliedsbuch des Kollegen Oskar Rotfch (G. 2804). Mitglied der Zahlstelle Dresden. Sollte das Buch vorgefunden werden, so ist es abzunehmen und an den Hauptvorstand in Hannover zu senden.

Auschlüsse.

Ausgeschlossen wurden gemäß § 14, Ziff. 3a und 3d des Verbandsstatuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstellen: Verburg: Ernst Westphal, Mitgl.-Nr. 769 521; Danzig: Willy Dorowski, Mitgl.-Nr. 1076 698; Kassenburg: Paul Maguhn, Mitgl.-Nr. 507 608.

Arbeitsmarkt.

(Inserate unter Offize werden nicht aufgenommen.)

Zwei junge, ledige Glasbläser, die schon alle Stärken und Sorten Glas geschnitten haben, auch als Sortierer oder Diamantenheber arbeiten können, suchen Stelle. Gesl. Angebote an den Verband der Fabrikarbeiter, Freiberg i. Sachsen.

Vorher — Hernach. Die Geschichte eines Findlings.

Von Erich Herrmann.

(Nachdruck verboten.)

Sie drängte sich froh an ihn. „Das ist ja ein Wunder!“ jubelte sie. „Komm rascher!“ Sie gingen die stumme Gasse hinab. Das Lärmen und Klängen verlebte. Zuletzt verlor die helle Fiedel. Am Ende der Töpfergasse kam der Mühlgraben. Man hörte sein Rauschen. Dann sah man das Ertrinken der Wellen über die mondheulenden Steine. Die Schatten der geköpften Weiden legten sich quer über den Mühlsteig.

Andreas traf sich mit Lisa Häblein fast an jedem Abend. Sie liebte die Behutsamkeit und Klugheit an ihm, und er war glücklich, eine Menschenseele gefunden zu haben, an der er sich anlehnen und zu der von all dem Sprechen konnte, was in ihm garte und was zum Lichte emporstieg. Kaum, daß er den Feierabend erwartete konnte. Der Meister schmunzelte dazu. Karl Fetzer spöttelte hier und da und glaubte, ein Späßlein oder einen aufmunternden Rat beizubringen zu müssen. Nur eine Enttäuschung bereitete Andreas dem Gesellen, als er bei seiner Aufnahme in die Gesellenschaft wohl mit den Groischen nicht knauerte, aber nicht zum Trinken und Zechen zu überreden war.

Denn Andreas bekam ein Vierteljahr der Schraeit geschickt und merkte vom neuen Jahre, 1914, ab bei besserem Lohne weiter bei Meister Schirmer. „Willst wandern?“ hatte Meister Adolf Schirmer gefragt. „Jetzt noch nicht“, gab Andreas zur Antwort, „wenn ich bleiben könnte.“

„Ich bekomme doch noch manchmal gute Arbeit, die ich nicht mehr allein meistern kann“, antwortete Meister Schirmer, „da hab ich für dich immer Arbeit. Weißt, solange du magst und solange dich dein Mädel hier hält.“ Lisa Häblein freute sich, daß er um ihretwillen in der kleinen Stadt blieb. „Du bist so fein und behutsam“, lobte sie, „du bist kein Wilder. Dich muß man gern haben. Mehr? Man muß dich ganz heiß lieben. Ich hab' mich immer vor den großen, ungeklärten Menschen geängstigt. Wenn mich ein solcher damals um den Leib gefaßt hätte wie du, ich wäre davongelaufen. Ich bin heißer und wilder als du. Erschrickst du darüber?“

„Ich hab' dich gern, wie du bist.“ „Einmal wirst du mich vergessen“, sagte sie dann, um nur seinen Widerspruch hervorzulocken, „du wirst in die Welt wandern, ein tüchtiger Meister werden, vielleicht noch auf eine hohe Schule gehen. Ich bin dann die arme Dienstmagd von der Seitenwidergasse beim Apotheker Krieglach und bleib' als die alte Jungfer sitzen.“

Andreas widersprach, und als sie ungläubig blieb, bedeckte er ihr Gesicht und ihren durlichtigen Mund mit heißen Küßchen. Er machte sich im Innern um ihretwillen klein, schob alle hochfliegenden Gedanken und Träumereien beiseite und redete von schlichten und alltäglichen Dingen, denn er bangte, mit seinem dunklen Streben nach der Höhe und in verlorene, fremde Weiten, die kaum Gewonnene wieder zu verlieren. Doch sie drückte nach seinen Worten, die aus einer anderen, ihr fremden Welt zu kommen schienen und den Geseligen von den übrigen Burschen unterschieden. So wurde sie mit ihrem stauenden Lauschen das unerschütterliche Gefäß, in das er Sehnsüchte, Gedanken und bange Zweifel ausgießen konnte. Wie allen Grüblern fehlte ihm der Glaube an das eigene Können, und wie alle innerlich Schaffenden brachte er einen Menschen, der zuhörte, keine Einwände und Ablehnungen brachte und alles gut, schön und richtig fand. Die freiwillig dargebrachte Anerkennung stärkte seine Selbstsicherheit und ließ das rankende Bilsanzlein des Glaubens emporsteigen.

Kam er von ihr, dann brannte in seinem Kammerlein die kleine Lampe bis in die späte Nacht. Die Feder lief eilig über das billige, gelbe Papier. Worte, die niemals an sein Ohr gerührt hatten, tauchten aus irgendeiner inneren Tiefe auf oder fielen aus dem erregten Munde in die jagende Feder. Schlicht und mühelos handelte sich Bild an Bild, Reim an Reim. Seit einigen Wochen mußte er sich, die Erlebnisse der Worwoer in bunten, runden Bildern niederzuschreiben. Der Riese Jochu Goujigorech überragte alles. Seine Riesensauft schlachtete und rachtete. Bei diesem nächtlichen Arbeiten war es ihm, als schäre warmen Atem an Ohren. Sie lauschte der Melodie seiner Verse, wenn er kaum Geschriebenes halblaut vor sich hinsprach. Sie wollte ihm zu, grüßte und dankte. Sie fand den graubärtigen, hundertjährigen Jochu ehrwürdig und prophetisch. So barg das Alleinsein in diesen Nächten nichts Bedrückendes mehr in sich, sondern wurde zur stummen, heiligen Schaffenszwiesprache. In der gleitenden Welle der Tage fühlte er immer deutlicher die Wandlung zum Manne, die ihm zuerst aus dem Reichtum und der Fülle des Schaffens bewahrt wurde.

Wie frohe, unbesorgte Kinder gingen sie Hand in Hand durch die Zeit. Jeder wünschte die Stunden der trennenden Alltagsarbeit vorüber, um in das hüllende Dunkel des Abends und der frühen Nächte zu können, das ihnen ganz allein gehörte. Nur dem Weinauderlein riefen ihre Herzen das „Werweile doch!“ zu. Für sie schied sich der Tag in Licht und Schatten: Getrenntheit und Weinauderweilen. Anders, als die Menschen ringsum empfanden.

Die Morgenbäumung der neuen Zeit.

XVI.

Auch das bewundernswürdigste Ereignis, das sich im Gefühl des heimlichen Glückes über unser dem Druck lachender Sorge in die Genußzeit verfrachtet, ist mit tausendfachen festen und unzerbrechlichen Fäden an das große Zeitgeschehen ringstrick gebunden. Vor den heranrückenden Wogen der Springfluten gibt es für keinen Anwohner ein Entkommen. Auch der letzte wird von den weitergreifenden Kreisen der freiesenden Strudel erfasst.

bedeutsamer als die wechselnden Ereignisse des hellen Tages. Nie gewannen in jenen Jahren des Werdens die vielgestaltigen und tiefverflochtenen Beziehungen zu seinem Grübeln, Fühlen und Wünschen. Darum entzündete sich auch niemals ein bestimmter gerichteter Wille in ihm. Doch auch hier entging er dem Erwachen nicht, mit dem er um so schwerer zu Rande kommen mußte, als es der stillen, vorsonnenen Art seines Dahingleitens entgegenstand. Jedes Erwachen mußte für ihn Erschrecken bedeuten und Erschrecken das Bestimmen auf die schlummernden Willensenergien.

Sagte da nicht Meister Schirmer: „Das kann nicht gut ausgehen! Ein solcher Witz hat seine Folgen. Wenn ein Krieg daraus wird, können wir Deutsche nicht Gewehr bei Fuß stehen. Unser junger Kaiser sieht da nicht lange ruhig zu...?“ Wobon unterhielten sich die beiden: Meister und Geselle? „Dann wird mein Platz an der Hohenhauf leer, Meister“, berückelte Karl Fetzer, „ich hab' meine Jahre beim Kommittee treu gedient. Ich melde mich gleich. Krieg: das ist eine tolle Sache! Wie siehst du? Da war mein Vater dabei.“ „Krieg?“ verfluchte Andreas zu begreifen. Aber es wurde ihm nur bewußt, daß das ein Auseinandergehen war, das Lisa Häblein... Er fragte laut: „Wie soll denn in unserer Zeit Krieg werden?“ Der Meister freute sich über das Aufwachen seines jüngsten Gesellen und legte gleich los: „Mir ist das ganz sicher. Das dauert nicht mehr vier Wochen.“ Und mit klugen Worten wies er die Richtigkeit seiner Meinung nach. „Du wirst doch auch nicht dahinter bleiben wollen?“ fragte der Altgeselle. „Das wäre schimpflich. Wenn das Vaterland seine Kehlen ruft.“

Andreas weiß, was sich gehört“, nahm der Meister seinen Gesellen in Schutz, „ich selbst würde ihn gar nicht mehr in meiner Werkstatt dulden.“ In Andreas Hirn tanzten die Gedanken einen wilden Reigen. Der Krieg schien ihm nichts Schlimmes. Das, was man aus früheren Zeiten vor ihm wußte, — Wüther an der Raubhoh: „So stinkt das beten“ und Sedan: „Da es mir nicht vergönnt ist, an der Spitze meiner Truppen zu sterben, so lege

„Wilhelm, was bist du dumm.“

„Du bist doch immer noch ein großer Kindskopf, trotzdem du doch bald 30 Jahre alt bist. Müst so ein Mensch rum in der Weltgeschichte, packt mit in die Epochen und sieht die Welt vor Brettern nicht. Gott schuf Menschen“, sagte der Alte und löste dabei bei seinem Schwärzergohn ein unbehagliches Gefühl aus, das dieser immer empfand, wenn er als dummer Junge hingestellt wurde und keine Ahnung hatte warum. „Sprich dich deutlicher aus“, sagte Wilhelm, „so geistreich wie du bist ich noch nicht.“

Denn mal dran, was wir vor einiger Zeit besprochen. Wir sprachen davon, daß wir in den nächsten Monaten die 8-Stundenschicht und auch die Waschfrauen erkämpfen wollten. Du sagtest, unter den Arbeitern sei keine Stimmung vorhanden, wegen dieser Sachen in einen Streik zu treten. Und nun überlege dir, was in dieser Zeit geschehen ist.“

„Wir haben doch jetzt ein viel weitergehendes Programm aufgestellt“, sagte Wilhelm. „Auer der achtstündigen Schicht und dem Waschfrauen geht es vor allen Dingen um bessere Behandlung. Hinzu kommen bessere knappschaftliche Verhältnisse, Mitarbeit bei der Gebührensregelung und Abschaffung der Frauenarbeit. Um das kämpfen wir doch jetzt.“

„Wilhelm, was bist du dumm“, war des Alten Antwort. „Vater, das stimmt nicht, duam bist ich nicht. Aber mir scheint, daß man von euch, die ihr glaubt, den Verband im Sack zu haben, zum Lappchen gehalten wird. Ihr seid unehrlich gegen uns. Anders kann ich mir das, was du mir jetzt sagst, nicht erklären. Ich weiß genau, was uns in den Versammlungen gesagt wird.“

„Wilhelm, was bist du dumm“, lachte der Alte. „Vater, mir ist die Sache nicht lächerlich“, sagte Wilhelm. „Komm raus mit der Sprache und sprich nicht in Rätseln.“ „Wilhelm, was bist du dumm“, Klang es wieder zurück. „Deine Meinung über mich kannst du für dich behalten. So schlau wie du bist ich auch nicht, das weiß ich schon lange“, sagte der Jüngere, durch den Vorwurf der Dummheit und das lange Hinsiehens gereizt.

„Siehst du, Wilhelm“, begann nun der Vater, „wir beide denken nicht egal. Deshalb verstehst du mich nicht. Ich denke bei jeder Bewegung stets daran, was wir lange, lange Zeit vorher besprochen haben, was die Bewegung bezwecken soll. Wir, die wir geistig an der Spitze unserer Kameraden stehen und alles überblicken, — und die Zahl dieser Leute ist gering, es gibt wenige, die stehen an leitender Stelle und sind bloß Handlanger, und es sind andere, die stehen noch mitten in der Arbeit, die haben die führenden Gedanken, und zu denen rechne ich mich auch, trotzdem ich bloß ein Zeitungsjunge bin, — wir sehen die Welt mit anderen Augen an als du und die meisten unserer Leute. Die Ziele, vor denen du eben sprichst, wollen wir auch erreichen. Aber wir erreichen sie niemals auf einmal. Wenn unser Verband heute so stark wäre, daß wir einen Streik für längere Zeit aushalten könnten, würde er doch unser Programm nicht auf einmal durchsetzen können. Nur Schritt für Schritt läßt sich eine Besserung der Verhältnisse erreichen, und Geduld und wieder Geduld und zähe Ausdauer sind erforderlich, auch wenn von unserer Seite die stärksten Kräfte an der Arbeit sind, dem Ziele auch nur einen Schritt näherzukommen. Ich denke nur an diesen einen Schritt. Du aber an den ganzen Weg. Da liegt der Unterschied. Wärdt du nicht mein Schwiegervater und auf...“

„Ich will dich in einem denkenden Mitkämpfer machen, der nicht an der Oberfläche haften bleibt, sondern tiefer sieht.“ „Ich bin zu der Erkenntnis gelangte, wie langsam es vorangeht“, alte ich verzweifeln. Ich bin älter wurde, sah ich, daß der langsame Weg der gegebene ist. Ich habe heute den Glauben an die Macht der Organisation und ihre Erträge meinem klaren Verstand zu verdanken, nicht mehr dem Gefühl, wie es bei den meisten anderen der Fall ist. Das ist in stillen Stunden über mich gekommen, tritt ein. Für mich gibt es keine Enttäuschung mehr. Bei den meisten ist es anders. Wenn die ein Jahr weiter die Beiträge gezahlt haben, glauben sie, die Welt wüßte in dieser Zeit ganz umgetrempt sein, bloß, weil sie die läppigen paar Mark gezahlt haben. Sie schreien heute „Hosianna“ und morgen „Kreuzigt ihn.“

Wenn wir zum Angriff schreiten wollen, zeigen wir unseren Kameraden den neuen Strauß unserer Wünsche. Das sind die Ziele, um die es geht! Sagen wir. Wir sprechen damit keine Pöge aus. Diese großen Ziele werden bei den meisten unserer Kameraden den Mut zum Ertragen der Not und Entbehrungen, die der Kampf mit sich bringt. Aber damit sie uns anhören, damit sie den Unterschied zwischen den großen Zielen und der Wirklichkeit recht empfinden, zeigen wir ihnen die kleinen Kadelfische, die Krügel, die Laa für Tag der einzelne erhält. Wir bringen die gleichartigen Waffen in die richtige Stimmung. Das ist Taktik. Für diese Stimmung zu sorgen, ist eine notwendige Waffe im Kampf, es ist für mich eine Begleiterscheinung, die du aber für die Hauptursache der Bewegung ansiehst. Weißt du, Wilhelm, es kommen manchmal Stunden, wo ich mich frage, ob es richtig ist, das Volk aus seinem Kammer auf-

ich meinen Degen zu Gw. Majestät führen... Napoleon... — das gilt seiner lebensgefährlichen Sache. Aber Lisa... Monate von Lisa fort? Doch: das konnte nicht wahr sein! Wie konnten Menschen mit Wodwasaffen aufeinander losgehen? Wenn dabei einer starb? Wenn er, Andreas Birkenbusch, den Selbstmord starb? Kern von Lisa Häblein? „Vielleicht nehmen wir die Sache zu ernst“, wendete er ein. Doch der Meister schüttelte den Kopf, als wollte er sagen: Hier gibt es keine Hoffnung mehr! Und Karl Fetzer schmelgte bereits in erstickten Festungen, klünnen Patronenritten und siegreich eroberten Fahnen. Er suchte aus der Erde eine dicke Leiste hervor und zeigte Andreas, wie man das Gewehr präsentieren müsse und wie zum „Chargieren... Geladen!“ gemacht wird. Der Meister band die Arbeitsschürze ab, was er sonst nie tat, band sich eine neue grüne Schürze um und ging nach dem Ratskeller, um das Neueste aus der Zeitung zu hören. Da mußte wirklich etwas Ernstes im Gange sein. Als er wieder kam, war seine Miene sorgenvoller.

„Die Ungewißheit ist das Schlimmste“, meinte er und berichtigte das eben Gehörte. „Aber könnt die Bude für eine Weile zumachen, Meister!“ schob Karl Fetzer sofort los. „Der Andreas geht als Freiwilliger. Ich bring' ihm morgen ein paar Griffe bei, denn ohne Griffe geht es nicht. Aber wenn wir wiederkommen, Meister: Eine Ehrenspore vor der Stadt und die Stadtmilitanten angetreten und weiße Ehrenjungfern und wir mit dem eisernen Kreuz! Donnerwetter!“ Augen rechts! Brust heraus!“

Vielleicht ist es gut, daß sich die Menschen das Schwere immer leichter vorstellen, als es in der Wirklichkeit ist, und nur das Leichtes unnützlich schwer nehmen. In der Werkstatt des Meisters Adolf Schirmer nahm niemand den drohenden Krieg schwer. Was Andreas nur bedrückte, war der Abschied von Lisa Häblein, von seiner eben erst gefundenen Liebe. Die Gefahren des Krieges wischte Karl Fetzer, der doch als gebierter Soldat ein wenig um die Dinge wissen mußte, mit Leichtigkeit hinweg. Man mußte überhaupt staunen, welches strategische Genie in dem Gesellen steckte.

zurückeln, ihm sein Elend zu zeigen und es zum Zähneknirschen zu bringen. Jung! Es gibt nur eines, was mich immer wieder veranlaßt, es doch zu tun, rein fanatisch zu werden, zu höhnen und zu spotten, in ihrem Schmerz zu wühlen, damit sie wie wilde Tiere werden. Wilhelm, es geht um unsere Kinder und Kindesfinder. Käme niemand hinter uns, dann lohten sich die Kämpfe und der Aerger nicht, dann wäre es besser, man ließe in die Kirche und glaubte an ein besseres Leben nach dem Tode oder aber nähme sich einen Strick und hing sich auf. Ne nach dem, wie einer veranlagt ist. Aber jeder kleine Erfolg, den wir erreichen, er mag für unser Leben ohne großen Wert sein, er mag sehr oft im Vergleich zu den Opfern gering erscheinen. Aber in einem Menschenalter wird's ein Stückchen Weg. Und da, wo der Weg aufhört, beginnen die weiterzugehen, die hinter uns kommen. Diese haben etwas eripart.

Junge! In meine erste Bergmannszeit fiel der Streik von 1869. Zehn Wochen haben wir ihn durchgehalten. Mit Begeisterung traten wir hinein. Mitten im Winter haben wir gehungert und gedurft, die bitterste Not haben wir ertragen. Jedoch er brach ergebnislos zusammen. In dieser Zeit hörte ich das erste Mal das Wort: „Organisieren“

Wenn ich daran denke, wie mein Vater starb und welche Aussichten die Zukunft bot, und wenn ich daran denke, wie es heute doch schon anders wird, wie sich so manches geändert hat, da habe ich das Gefühl, wir haben nicht umsonst gekämpft. Wir sind ein paar Schritte weitergekommen. Wir sind jetzt wieder im Begriff einen Schritt zu wagen. Einen sehr großen Schritt. Schon 1869 forderten unsere Väter die 8-Stundenschicht. Dieses Ziel hat die ganzen Jahre seine Werberkraft erhalten. Jetzt wollen wir es erkämpfen, jetzt soll die Frucht reifen, die vor Jahren in die Erde gelegt und deren Wachstum emsig gearbeitet worden ist. Die ganzen Jahre ist Steinhau für Steinhau zusammengetragen worden, um den Bau fertigzustellen. Die meisten Kameraden haben oft nicht gewußt, welchen Zweck die eine oder andere Maßregel hatte. Sie galt diesem Ziel. Früher waren es nur wenige, die verstanden, warum es gemacht wurde. Aber nur einzelne waren es, die beschlossen, daß es so gemacht wurde. Heute ist die Zahl derjenigen, die wissen warum, schon viel größer geworden. Und je stärker die Organisation wird, um so größer wird die Zahl der erprobten sicheren Kämpfer, der Stamm jener Leute, die den Kern bilden. Wilhelm, wir wären hier bei uns viel weiter. Glaube mir, es sind allein von mir im Laufe der Jahre Hunderte sehr gute Gewerkschafter herangezogen worden, wir hätten schon viel mehr erreicht, wenn sie hier geblieben wären.

Wenn es gelingt, hier die 8-Stundenschicht zu erkämpfen, wenn wir die Waschfrauen bekommen, dann haben wir einige der größten Vorzüge, die das Ruhrgebiet bietet, errungen. Dann läßt sich die Heimat schon eher ertragen. Und dieses Ziel wollen wir erreichen. Wir müssen es erreichen! Nicht umsonst soll die Arbeit der vielen Jahre sein. Und wenn ich dich hier gehalten habe, und wenn ich dir zugeredet habe, in der Heimat zu bleiben, Wilhelm, dann war der Wunsch dabei, an dir in der gewerkschaftlichen Arbeit eine Dofe zu bekommen. Es loht sich wirklich dafür zu kämpfen, unseren Leuten die schöne Heimat zu erhalten, aus dem Hungerlande den Hunger, die Not zu vertreiben.“

Aus „Hungerland“ (Sozialer Roman aus dem Leben der Bergarbeiter), von Georg Werner. Verlag: Volkshochverlag G. m. b. H., Breslau 2, Sturmstraße 4/6.

Humor.

Schmerzen und ihre Ursachen. „Mutter, ich habe Magenichmerzen!“ sagte die kleine Silbe. „Du hast einen leeren Magen: du hast heute Morgen nicht gegessen.“ „Wann ich etwas gegessen halt wird es besser sein!“ Am Nachmittag bekamen sie Besuch von der Familie Braun. Herr Braun klagte über starke Schmerzen. „Nur, weil ich 3 Uhr Kopf leer ist!“ rief die kleine Silbe, „wenn Sie etwas darin hätten, würden Sie sich wohl fühlen.“ In der Straßenbahn. „Schaffner“, sagte die herausfordernd aussehende Dame, auf der Plattform einer überfüllten Tram stehend, „Sie sagten mir doch, Sie wollten mir Beiseid sagen, wenn ich am Hauptbahnhof aussteigen muß.“ „Aber!“ erwiderte der Schaffner. „Bitte, keine Entschuldigung. Ich sehe, daß Ihr Wagen überfüllt ist, und verstehe, daß Sie nicht bei jedem gehalten können, wo er aussteigen wünscht!“ „Aber —“ „Sie können sicher sein, ich werde Ihre Unhöflichkeit nicht vergessen.“ Sie stieg aus und der Wagen fuhr weiter. Da griff der Schaffner an seine Mütze und rief der Draußenstehenden nach: „Es tut mir sehr leid, aber der Hauptbahnhof ist noch ein ganzes Stück weiter!“